

Aus dem Inhalt:

Braune Luftflotte — startbereit
Fortwursteln — wie lange noch?
Hakenkreuz in der
Tschechoslowakei
Kinder fürs Messer

Europa — eine Hitler-Despotie!

Die Ziele des hitlerdeutschen Militarismus

Wenn Wilhelm II. auf die Tribüne des Reichstages gestiegen wäre, um seine Außenpolitik aus eigenem Munde darzulegen, so würde er wie Hitler gesprochen haben — mit gleichen Gesten, gleichem Machtwahn, gleicher Verblendung. Aber mit größerer Ehrlichkeit!

Hitler hat der Welt abermals den pazifistischen Nationalismus gepredigt. Das Trugbild des pazifistischen Nationalismus, eine Kriegslüge, bestimmt, die Völker Europas zu täuschen, ist längst an seiner inneren Unwahrhaftigkeit gestorben. Die Gaukelei der Hitlerrede vom 17. Mai 1933 ist verfliegen. Die Welt klirrt in Waffen, Deutschland ist eine einzige Kriegsfabrik geworden, der Grundton der Volkserziehung in Deutschland ist der Krieg, nichts als der Krieg, sein Schatten verdüstert das Leben aller europäischen Völker — und nun hüllt sich Mars in das weiße Gewand des Friedensengels, er tritt vor die Völker hin, beklagt die Schrecken des Krieges und spricht: Fürchtet Euch nicht. . . .

Ihr müßt ihm auf die Füße sehen, nicht auf das Maul! Der Mann, der vom Frieden spricht, aber zum Kriege rüstet, der die Kulturauffassung des Westens, die Grundsätze der Moral und der Humanität in Anspruch nimmt, aber mit blutigem, aller Menschlichkeit ins Gesicht schlagendem Terror in Deutschland despotisch herrscht, dieser Mann darf nicht nach seiner mit höllischer Demagogie vorgetragenen Dialektik gewertet werden, sondern nach seinen Taten und seinen wirklichen Zielen.

Diese Rede, bestimmt den eisernen Ring der Isolierung zu sprengen, war berechnet auf alle, die noch nicht erwacht sind, auf alle, die noch in Glauben und Vertrauen ruhig schlafen, weil sie noch nicht den grausamen Zügen unserer Zeit ins Gesicht sehen. Sie zielt auf den Mißbrauch aller ab, die guten Willens sind, für die Zwecke derer, die vom bösen Willen erfüllt sind. Darum muß das Wesentliche getrennt werden von der Demagogie, darum darf man sich nicht verlieren in die Nebenwege, die Lockungen, die Scheinzugeständnisse. Jetzt wird das künftige Geschick Europas bestimmt. Wer nicht versteht, die deutsche Machtpolitik samt ihren Zielen und die diplomatischen Kampfmittel dieser Politik streng auseinanderzuhalten, der wird zu ihrem Objekt werden.

Was ist der Inhalt der 13 Punkte, die Hitler von der Tribüne des braunen Scheinreichstags aus verkündet hat? Es ist der »deutsche Friede«, es ist die pax barbarica für Europa! Er schließt vier wesentliche Punkte ein:

1. Die Entwertung des europäischen Vertragsrechts. Auf eine kurze Formel gebracht, lautet das Hitlerprogramm: Verträge werden gehalten, solange unsere Vertragspartner sie auch halten. Ob aber unsere Vertragspartner sie gehalten haben oder nicht, darüber entscheide ich, kraft meines eigenen ungeteilten Willens unter Berufung auf das höhere Lebensrecht der Nation. Das ist der Rückfall vom Recht in die Macht. Es entwertet vollkommen die Bekräftigung des Locarnopaktes, und wie es ge-

meint ist, zeigt Punkt 3 der hitlerschen Deklaration über die entmilitarisierte Zone auf das Deutlichste. Hier tritt die erschütternde Unsicherheit zutage, die künftighin über allen feierlichen Verträgen liegen würde, wenn diese Prinzipien allgemein akzeptiert werden würden. Jeden Tag und jede Stunde könnte unter beliebigem Vorwand der Locarnopakt von Hitler einseitig zerrissen werden, wenn die Partner sich dem Anspruch Hitlers unterwerfen, daß die Entscheidung über die Gültigkeit des Paktes allein bei ihm ruhen soll!

Was für den Locarnopakt gilt, gilt gleichermaßen für alle Verträge und Bindungen, in denen Hitlerdeutschland steht, und die es fernerhin eingehen würde. Bei solchen Grundsätzen ist kein Vertragsrecht mehr möglich, an seine Stelle tritt die reine Opportunitätsentscheidung der Machtpolitik.

2. Die Auslieferung der Nachbarstaaten Deutschlands an die Willkür der braunen Machtpolitik. Nichtangriffspakte mit den Nachbarstaaten, aber kein allgemeines System; an die Stelle des kollektiven Schutzes für den Angegriffenen soll nicht nur die Isolierung des Angreifers, sondern auch die Isolierung des Angegriffenen treten! Der Kriegsherd soll lokalisiert werden. Das ist der schärfste Gegensatz zu der These vom unteilbaren Frieden, es ist der Wille zur Rückkehr zu einem System, das den Schwachen der Gnade des Mächtigen ausliefert. Es ist im Prinzip ein Versuch, die Gemeinschaften der Schwachen aufzulösen zugunsten

der Starken, das offene Eingeständnis der Tendenz, die kleineren Nachbarstaaten Deutschlands unter dem Drucke der braunen Militärmacht dem Willen des deutschen Despotismus gefügig zu machen. Es verwandelt die Nachbarstaaten Deutschlands in deutsche Einflußsphären, in ausgelieferte Pufferstaaten. Der braune Despotismus entsagt feierlich allen Eroberungen? Hat er sie bei solcher Gestaltung der Verhältnisse in Mitteleuropa noch nötig?

Wenn die braune Militärmacht ein kleineres Nachbarland überfällt, sei es nun auf dem Wege der Erpressung, sei es mit offener Gewalt, dann soll der Schwache allein stehen, das Hitlergesetz, das Europa auferlegt werden soll, soll alle verpflichten, Nachbarn, Freunde, Bundesgenossen, rechtliebende Völker, den angegriffenen Schwachen allein zu lassen! Das ist die völlige Verneinung der europäischen Konstellation von heute, es ist die Errichtung der Terrorherrschaft über die kleinen Staaten.

3. Die Freiheit für imperialistische Machtpläne. Hinter dem Wort von der »geregelten Vertragsentwicklung« und den »vertraglichen Revisionen« verbergen sich die territorialen Ziele des braunen Systems. Sein Ziel ist ein »Gleichgewicht der Kräfte«, das immer wieder zugunsten der Machtstellung des braunen Despotismus in Europa revidiert werden soll. Es ist die Methode eines jeden aktivistischen Nationalismus, in langsamer Bewegung unter ständigem Machterdruck zu wirken, bis eines Tages das Gefüge

zusammenbricht und mit ihm der Frieden — wenn nicht die Umwelt resigniert und das Opfer der Macht seinem Schicksal überläßt. Hier stoßen unvereinbare Gegensätze aufeinander. Während hat erst vor kurzem Lord Cecil im englischen Oberhaus erklärt: »Man muß sich indessen daran erinnern, daß es Staaten in Europa gibt, deren gesamte Existenz auf dem Vertrag von Versailles beruht, und daß im Augenblick, wo eine Aenderung vorgeschlagen werden würde, diese Staaten in Waffen stehen würden.«

4. Die Feind-Erklärung gegen Sowjetrußland. Noch niemals ist in so provokatorischer Form eine internationale Feind-Erklärung gegen einen großen Staat erlassen worden, eine Erklärung, die nach Form und Inhalt von vornherein schon eindeutig das braune System als Angreifer gegen Sowjetrußland bestimmt! Aus kleinlichster, verlogener Parteidemagogie wird der unerhörte Versuch hergeleitet, eine Dauerfeindschaft zwischen dem deutschen Volke und Sowjetrußland aufzurichten. Das ist böswilliger Angriff, böswillige Friedensstörung, ganz ohne Maske, und die Böswilligkeit wird nur noch übertroffen von der Lächerlichkeit des Versuchs, ganz Europa und vor allem England in die gleiche Dauerfeindschaft gegen Sowjetrußland hineinzureißen. Das braune System braucht für seine Rüstungen, für seine Erziehung des Volkes zum Krieg einen Feind. Seine willkürliche Wahl ist auf Sowjetrußland gefallen, aber ganz

Eine Mahnung für Europa

Deutschland ist ein westliches Land von alter Zivilisation, seine Bevölkerung war seit Jahrhunderten daran gewöhnt, rechtmäßigen Regierungen zu gehorchen. Die Rückkehr zur Gleichsetzung des Rechts zum Befehlen mit dem Besitze der Macht, die die barbarischen Epochen charakterisiert, muß notwendig mächtige Widerstände hervorrufen. Man kann sie vielleicht nicht sehen, weil sie unterdrückt werden, aber sie existieren und sie sind eine Kraft. Das hat sich bereits unter dem ersten Kaiserreich in Frankreich gezeigt, das die erste Regierung dieser Art in der Geschichte des Abendlandes darstellte. Man sollte mehr an diese verborgenen Kräfte denken, sie ahnen, auf ihre Aktion rechnen und im entscheidenden Falle sie ermutigen.

Sie ermutigen, indem man sich daran erinnert, daß Europa seit mehreren Jahrhunderten in das Zeitalter der rechtmäßigen Regierungen eingetreten ist, deren Macht durch ein Rechtsprinzip gerechtfertigt wird, und die allein die Ordnung und das Gleichgewicht sicher stellen können. Das Gleichgewicht zwischen soviel so verschiedenen Staaten, die nicht isoliert voneinander leben können, dieses äußere Gleichgewicht, das seit drei Jahrhunderten die Geschichte Europas bestimmt, ist nur möglich, an dem Tag, an dem alle Regierungen einen genügenden Grad des inneren Gleichgewichts erreicht haben werden. Dank dem rechtmäßigen Charakter ihrer Regierungen. Die Qual unserer Epoche ist, daß sie das Gleichgewicht wieder errichten will zwischen Massen, die im In-

tern aus dem Gleichgewicht geworfen worden sind durch jene Leidenschaftlichkeiten und Illusionen, die die usurpatorischen Regierungen zur Behauptung ihrer Macht brauchen. In Frankreich und in England gibt es noch hohe Tribünen, von denen aus diese einfachen und heilsamen Wahrheiten über ganz Europa hingerufen werden können. Wenn sie proklamiert wären, würde man die Wirkung konstatieren können. Aber diese hohen Tribünen verharren im Schweigen!

Guglielmo Ferrero.

Brauner Pazifismus

Heft 12 der »Nationalsozialistischen Bibliothek«, herausgegeben von Gottfried Feder, trägt den Titel: »Grundlagen einer deutschen Wehrpolitik«. Es ist die Wiedergabe eines Referats, das der jetzige Reichsarbeitsdienstführer, Oberst a. D. Konstantin Hierl, im Jahre 1928 auf dem Parteitag der Nationalsozialisten in Nürnberg gehalten hat. In seinem Vorwort sagt Feder zur Bedeutung dieser Schrift:

»Wie draußen der Vorbeimarsch der braunen Armee das eindrucksvollste Ereignis der Tagung war, so drinnen die von höchster Sachkenntnis getragenen Darlegungen von Oberst Hierl über die »Grundlagen einer neuen deutschen Wehrpolitik«.

»Die Ausführungen von P. Hierl waren hier so bedeutungsvoll, daß sie als programmatische Erklärungen der NSDAP in die »Nationalsozialistische Bibliothek« aufgenommen werden mußten zur dauernden Verbreitung in weitesten Kreisen.«

Zu den programmatischen Erklärungen der NSDAP, die Oberst Hierl hier aussprach, gehört nicht nur der gesperrt gedruckte Satz:

»Die Aufgabe, vor die uns der Weltkrieg gestellt hat, besteht fort; zu diesen programmatischen Erklärungen gehören nicht nur die Worte:

»Der Befreiungskrieg steht zwar am Ende einer Widerstandspolitik, ihr Anfangsziel aber kann nur sein: allmählich wieder die Macht und die Kraft zu gewinnen, die nötig ist, um unsere Ketten vollständig zu sprengen;

sondern zu diesen programmatischen Erklärungen der NSDAP sind besonders folgende, die heutige deutsche Außenpolitik treffend charakterisierenden Sätze auf Seite 6 dieses Heftes zu rechnen:

»Es gibt zwei Arten von Pazifismus, einen echten Pazifismus, der aus schwächlicher, kranker Veranlagung oder Verblendung entspringt, aber ehrlich gemeint ist, und einen geheuchelten Pazifismus. Dieser letztere ist ein politisches Kampfmittel und dient geradezu der Kriegsvorbereitung. Indem er den Gegner mit Friedensphrasen einschläfert, sucht er ihn zu veranlassen, seine Rüstung zu vernachlässigen. Der einschläfernde Dunst, den er dem Gegner vormacht, ist dann auch geeignet, die eigenen Rüstungen zu vernebeln.«

Hier ist aus dem Munde eines einflussreichen nationalsozialistischen Führers das Rezept der heutigen deutschen Regierung für die Außenpolitik angegeben.

Europa muß wissen, daß mit der gleichen Gewissenslosigkeit und Willkür die Drohung sich gegen jeden richten kann! Die Illusionen, die von starken Annäherungstendenzen gegenüber Sowjetrußland im Hitler-Deutschland wissen wollten, sind gründlich zerstört. Die Ostpläne Rosenbergs sind nach wie vor bestimmend für die Tendenz der braunen Machtpolitik.

Das ist der Friede, wie ihn das braune System sich vorstellt. Eine gewissenlose, hemmungslose, auf nichts als die Macht pochende Despotie im Herzen Europas — ihr gegenüber alle anderen Staaten schwach, vereinzelt, ausgeliefert; die Entscheidung über das Geschick Europas in die Hand Hitlers gelegt, mit dessen Wort sich ganz Europa abfinden muß. Es ist eine Orgie des Machtwahns, es ist die Uebertragung der braunen Despotie vom Innern Deutschlands auf ganz Europa. Ganz offen schlägt Hitler England eine Teilung der Weltmacht vor: Britannien die See, Deutschland den Kontinent! Hitler der Herr und Schiedsrichter Europas, das ist der Preis, der für den Frieden gezahlt werden soll, wie Hitler ihn auffaßt!

Und will er nicht ganz Europa von der Demokratie zur Despotie zurückführen? Will er nicht, wie Punkt 12 seines Programms zeigt, die Stimme der Völker selbst, das lebendige geistige Leben der Nationen, die Freiheit des Urteils und der öffentlichen Meinung ersticken, will er nicht die Völker zu reinen Objekten der Machtpolitik des Nationalismus herabdrücken, steht neben dem Ruf nach Unterdrückung des freien Wortes in Wort und Schrift, Film und Theater nicht unausgesprochen der Ruf nach der Vernichtung der Freiheit der demokratischen Parlamente, nach der Uebertragung des Systems Göbbels auf ganz Europa?

Hier die Beschlüsse von Stresa und der Beschluß des Völkerbundes — dort der hitlerische Anspruch auf die Vorherrschaft in Europa. Hier das französisch-russische, das tschechoslowakisch-russische Abkommen — dort die Feinderklärung Hitlers gegen Sowjetrußland. Hier der Bund der kleineren Mächte — dort der hitlerische Wille zur Isolierung der Schwachen: Das ist das Gesicht Europas von heute.

Den französisch-russischen Vertrag zu sprengen, England gegen ihn zu gewinnen, die Kleinen einzuschüchtern und zu terrorisieren, die werdende Machtkoalition zu zerstören, damit die Despotie der braunen Militärmacht über Europa aufgerichtet werden kann, das ist das Ziel des deutschen Despotismus.

Wehe der Freiheit in Europa, wehe den Völkern der demokratischen Staaten, wenn sie vor dem deutschen Despotismus kapitulieren!

Eine Menschenfalle für englische Gäste

Ein deutsches Reiseunternehmen führte eine Gruppe von englischen Aerzten durch deutsche Städte. In Wiesbaden wurde der Führer der Reisegesellschaft, ein in London lebender Oesterreicher, namens Rohme, im Hotel verhaftet und im Schnellverfahren zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt unter der Beschuldigung, daß er herabsetzende Auskünfte über Hitler und über die deutschen Frauen gegeben habe. Den englischen Aerzten wurde mitgeteilt, Rohme habe bei früheren Reisen — die falsche Sorte englischer Aerzte nach Deutschland gebracht.

Die deutschen Behörden versuchten, von einigen englischen Aerzten Aussagen gegen Rohme zu erpressen. Das vollzog sich folgendermaßen. Einige der Aerzte wurden zum Kaffee in eine Privatwohnung gebeten. Während sie Kaffee tranken, in der Meinung, daß es sich um eine private Höflichkeitseinladung handle, wurde einer der Aerzte ins Nebenzimmer gebeten. Er sah sich dort einem Gerichtshof gegenüber mit einem Richter, einem Uebersetzer und einem Diktaphon. Er sollte über Bemerkungen von Rohme aussagen. Als er protestierte, wurde ihm mit einem Zeugniszwangsverfahren gedroht. Er verlangte den britischen Konsul zu sprechen. Schließlich wurde er entlassen, an seiner Stelle wurde ein zweiter Arzt in das Zimmer geführt.

Etwa 50 Londoner Aerzte, die an dieser Reisegesellschaft teilgenommen haben, haben beschlossen, bei Hitler wegen dieser Vorfälle vorstellig zu werden.

Die Wahlen in der Tschechosl. Republik

Am 19. Mai haben in der Tschechoslowakischen Republik Wahlen stattgefunden, die nicht nur für die Entwicklung des tschechoslowakischen Staates, sondern auch für die Beurteilung der europäischen Situation von Bedeutung sind. Das Ergebnis dieser Wahlen ist im tschechoslowakischen Lager ein eindeutiger Sieg der Demokratie über alle faschistischen Tendenzen, ein achtunggebender Erfolg der Sozialisten, eine Bekräftigung des demokratischen Grundcharakters des tschechoslowakischen Volkes und Staates. Im deutschen Lager aber ist es eine Niederlage der Demokratie gegenüber hitlerfaschistischen Totalitätstendenzen. Von rund 1.8 Millionen deutschen Stimmen hat die Henlein-Partei, eine tschechoslowakische Spielart des deutschen Nationalsozialismus, rund 1.2 Millionen erhalten. In den Rest teilen sich drei deutsche Parteien, davon hat die Deutsche sozialdemokratische Partei rund 300.000 Stimmen erhalten gegenüber 506.000 bei der letzten Wahl im Jahre 1929.

Die Tschechoslowakische Republik ist ein Nachfolgestaat des alten Oesterreich mit seinen erbitterten Nationalitätenkämpfen. Das Verhältnis der Nationalitäten ist heute umgekehrt: herrschendes Staatsvolk sind die Tschechen. Die große Aufgabe bestand in der Versöhnung der Nationalitäten im Geiste der Demokratie. Im tschechischen Lager haben geistige Führer von hohem Rang an dieser Aufgabe gearbeitet. Im deutschen Lager hat sich vor allem die Deutsche sozialdemokratische Partei darum verdient gemacht, die seit 1929 gemeinsam mit den tschechischen demokratischen und sozialistischen Parteien die Regierung gebildet hat. Dieser Prozeß der Zusammenfassung von zwei Kulturnationen in einem Staat, der Ueberwindung des

Machtnationalismus ist durch zwei Ereignisse gestört worden: durch die große Wirtschaftskrise und durch den Sieg des Hitlerfaschismus in Deutschland. Davon hat das zweite Moment das Uebergewicht.

Der direkte und indirekte Einfluß des Hitlersystems auf das sudetendeutsche Gebiet hat die deutsche Bevölkerung in Masse abgelenkt von ihren kulturellen Bestrebungen. Es sind durch Propaganda in Göbbels-Hitlerstil Illusionen erweckt worden, die weder im Rahmen des tschechoslowakischen Staates noch ohne schwerste Störung des europäischen Friedens verwirklicht werden können. Es hat zu den geheimen Parolen dieser sudetendeutschen Partei Henlein gehört, daß eine Saarabstimmung in Böhmen auch Saarfolgen haben werde. Alle Schmerzen und Nöte, alle Krisensorgen, alle Verbitte rungen sind eingefangen worden in einem besinnungslosen, ziellosen Nationalismus, in einer Illusion, für die es keine Antwort gibt, wenn die Frage gestellt wird: was nun weiter? Hitler in Deutschland hatte die Perspektive der Eroberung der ganzen Macht, aber welche Perspektive kann eine so extrem nationalistische Partei in einem Nationalitätenstaat haben? Das Organ der Deutschen sozialdemokratischen Partei hat mit Recht darauf verwiesen, daß Sieg und Macht für die Henlein-Partei niemals identisch sein können.

Es bleibt aber die Demonstration der verheerenden Einwirkung des braunen Nationalismus auf die Besinnung und die politische Vernunft der deutschsprechenden Bevölkerung an Deutschlands Grenzen. Unzweifelhaft hat der Teil der Bevölkerung, der Henlein gefolgt ist, einen Schlag gegen seine kulturellen Interessen zugunsten einer unerfüllbaren Machtillusion ge-

führt. Aber die Demokratie bleibt gesichert — durch den demokratischen Grundcharakter des tschechischen Volkes! Kein staatlicher Terror läßt die Bevölkerung in diesem Fieberzustand erstarren und nun beginnt nach einem Wort von Beneš im deutschen Lager der Kampf um die Demokratie. Die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik bleibt durch die demokratischen Kräfte von jener furchtbaren Erfahrung verschont, die ein Volk durchmachen muß, das sich einer totalitären Despotie ausgeliefert hat. Der Weg zur Besinnung geht hier durch Erfahrungen milderer Charaktere als durch Blut und Tränen.

Dieser Kampf um die Demokratie, der nun erst recht beginnt, ist bisher von der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei nahezu allein geführt worden. Sie hat sich dem gewaltigen Einfluß des Hitlerfaschismus entgegengeworfen, dessen Opfern sie eine herrliche Solidarität bewiesen hat, sie hat den schweren Schlag entgegengenommen, aber sie kann mit Stolz sagen, daß die Tat bewiesen hat, daß das sozialistische demokratische Ideal den besten Schutz gegen die geistige Infektion des alldeutschen Machtwahns darstellt. Sie wird von neuem den Kampf aufnehmen und führen, der um viel mehr geht als um die Behauptung ihrer Parteistellung. Denn man sollte sich jenseits der Grenzen der Tschechoslowakischen Republik klar machen: hier kämpft ein Vorposten im Kampfe gegen den alldeutschen Machtwahn, im Kampfe um die geistige Wiedergesundung der deutschen Nation im weitesten Begriff, im Kampfe um die demokratische Gesinnung, die allein die wahre Bürgschaft des Friedens ist.

Raub oder Recht?

Der Danziger Gewerkschaftsstreit - ein internationales Rechtsproblem

Vor dem Danziger Obergericht wird in der nächsten Zeit ein Prozeß verhandelt, der für die Rechtsprechung auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts von großer Bedeutung ist. Es handelt sich um prinzipielle Rechtsfragen, die durch die gewaltsame Auflösung der Gewerkschaften in Deutschland und die Entziehung ihres Vermögens im Mai 1933 entstanden sind. Ein in Danzig wohnender Vertrauensmann der nationalsozialistischen Partei Deutschlands glaubte sich auf Grund von Vollmachten dazu berechtigt, infolge der Vorgänge in Deutschland sämtliche Funktionäre der gewerkschaftlichen Ortsverbände in Danzig zu entlassen, ihnen jede gewerkschaftliche Tätigkeit für diese Verbände zu untersagen und alle in ihrem Besitz befindlichen Vermögensstücke an sich zu nehmen. Das Gericht stellte sich in erster Instanz auf den Standpunkt, daß durch die revolutionären Vorgänge in Deutschland neues Recht entstanden sei, das auch die Danziger Gerichte binde. Dabei läßt das Urteil alle maßgebenden Grundsätze des internationalen Privatrechts außer Betracht, vor allem aber auch den Grundsatz der Danziger Verfassung, wonach Enteignungen nur gegen Entschädigung auf gesetzlichem Wege stattfinden dürfen. Das Obergericht wird auf die eingelegte Berufung hin darüber zu entscheiden haben,

ob Danzig, das durch den Friedensvertrag und die Völkerbundsatzung staatsrechtlich von Deutschland getrennt ist, an die Grundsätze des internationalen Privatrechts, die für alle Staaten gelten, gebunden ist,

namentlich auch, ob es sich über die Bestimmungen seiner eigenen Verfassung hinwegsetzen kann oder nicht. Es sind ähnliche Fragen, wie sie vor einem Jahrzehnt den kommunistischen Enteignungen in Rußland gegenüber in allen Kulturstaaten aufgeworfen worden sind und bei deren Behandlung gerade auch Deutschland die Wirksamkeit von nur revolutionären Akten in Rußland abgelehnt und den Schutz des Eigentums gegen revolutionäre Eingriffe auf Grund des »ordre public« (d. h. des Grundsatzes, wonach Aktionen im Ausland, die den Grundgesetzen des eigenen Landes widerstreiten, für die heimische Rechtsprechung unter keinen Umständen bindend sind) vertreten hat. Die an der internationalen

Rechtsprechung interessierten Kreise werden dem Ausgang dieses Prozesses mit großer Spannung entgegensehen, weil durch ihn Prinzipienfragen entschieden werden, die auch auf anderen Gebieten als denen des gewerkschaftlichen Streits praktische Bedeutung haben.

Der Imperialist der neuen Sachlichkeit

Professor Hoetzsch quittiert seinen Dienst im Dritten Reich.

Der Berliner Historiker, Universitätsprofessor Dr. Hoetzsch, Leiter des Osteuropa-Instituts der reichshauptstädtischen Universität, ist jetzt seinem größeren Kollegen Oncken in jene Verbanung gefolgt, die das Dritte Reich für alle, auch die Nationalisten der Nationalen, bereit hält, die als nicht hundertprozentig system- und parteibuchtreu gelten können. Bisher war der Akademische Senat seines Lehrkörpers für den Gelehrten, der als entschiedener Monarchist galt, eingetreten. Nun hat ihn Herr Rust, der »braune Reichserziehungsminister« zwangweise dem Ruhestand zugeführt, obwohl Hoetzsch noch keineswegs die Altersgrenze erreicht hatte.

Professor Hoetzsch ist ein Menschenalter hindurch — ein unermüdlich fleißiger, nüchterner, freilich auch ein wenig phantasieloser und philiströser Gelehrter — literarisch und rhetorisch dem deutschen, nach Osten gerichteten Imperialismus ein nie versagender Sachwalter gewesen! Die Zahl seiner wissenschaftlichen Arbeiten über das Ostproblem ist nicht leicht feststellbar. In Korrespondenz, Zeitschrift, Buch verfolgt er — ein Deutschritter der neuen Sachlichkeit gewissermaßen — seine Mono-Ideologie mit Rohrbach, Jbäck und tutti quanti. Im Weltkrieg war er der gerade für »Ober-Ost« entscheidende Sachverständige und Gutachter. In der Ukraine-Politik der obersten Heeresleitung realisierten sich gerade Hoetzschsche Theorien; er war der wissenschaftliche Hausgeist sowohl der Kiewer Botschaft unter Mumm und Dirksen (anno 1918) wie auch des benachbarten, freilich ein wenig mit der »pazifistischen Zivilistenpartei« der diplomatischen Vertretung auf Kriegsfuß lebenden Generalkommandos Elchhorn-Kirchbach, das — nach dem Attentat des Sozialrevolutionärs auf den höchsten Träger der preußischen Militärmacht — im evakuierten Mittelpunkt der ukrainischen

Metropole hinter starrendem Stacheldrahtverhau und argwöhnischen Wachkommandos an allen Zugangstraßen residierte.

Adolf Hitler hat eigentlich in seinem »Kampfe« nur die trockenen Hoetzschschen Statistiken und Wirtschaftsquoten in das Deutsch der Jahrmärkte übersezt. Warum er — oder doch sein System — nun gerade ihm grollt? Das ist nur verständlich, wenn man sich erinnert, daß der Militarismus des »Führers« auch an anderen Stellen, eigentlich über »siezbig und einundsiezbig« und die Potsdamer Wachtparade noch nicht hinausgegriffen hat. Hitler ist der olle Wrangel in plebejisch und proletarisch. Er liebt in seinem Spezial-Fußballplatz der Phantasie, dem »Ritt gen Ostlande«, nicht Mitspieler, die ihm sachlich überlegen sind. Die der Zeit angepaßte Nüchternheit des Herrn Professor zum Beispiel hätte ihm klar machen können, daß er die Polen nicht zu wirklichen Freunden kriegt, auch wenn Herr Göring noch so viele Hirse im Bialyatocker Forst ruhmreich schließt, und auch, wenn der verstorbene Marschall Pilsudski — Augenzeuge und Leidtragender der brutalen preußischen Militärmacht anderer Form, wenn sie losgelassen wird — noch so respektvoll von Seeckt, weniger freilich sicherlich von dem »Führer« oder gar seinem Propagandaminister, der jenen ja auch einmal am Bart zu krabbeln versuchte, dachte.

F. E. Roth.

Ein schauerliches Spiel

Die braunen Menschenräuber haben den aus Holland entführten Emigranten Gutzeit an die holländische Grenze zurückgebracht. Dort erklärte Gutzeit, er wolle nicht nach Holland, sondern in Deutschland bleiben.

Was hat er befürchtet? Eine Kugel in den Rücken — oder schlimmer noch, die Folterung von Frau und Kind, die in Deutschland leben? Oder, am allerschlimmsten, hat er braunen Versprechungen getraut? Dann wird er stille verschwinden, man wird von ihm nie wieder hören.

Werden nach dieser Schaustellung, deren Hintergründe man nur ahnen kann, die braunen Menschenräuber nun behaupten, Jacob und Lamberger wären aus eigenem freien Willen in Deutschland?

Man flüstert

Bei der Reichsbank wird wieder neu gebaut. Man flüstert, es handle sich um eine »Devisengedächtnisstelle«.

*

Die »Deutsche Stunde« im Rundfunk wurde auf »Klumpfußens Märchen« umgetauft.

Hierl in der Defensive

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht macht dem Regime auch einige Sorgen. Hierl hat wohl geahnt, daß es nun auch ihm an den Kragen gehen kann und hat darum gleich nach der Verkündung des neuen Gesetzes eine Erklärung an die Presse gegeben, wonach der Arbeitsdienst von der neuen Wehrmaßnahme nicht berührt werde. Seine Verteidigung des Arbeitsdienstes ist höchst interessant. Hierl meint: »Leute, die den Sinn des nationalsozialistischen Arbeitsdienstes nicht erfaßt haben, oder nicht erfassen wollten, haben den Arbeitsdienst als Ersatz der bisherigen fehlenden allgemeinen Wehrpflicht, als getarnten Teil der Wehrmacht angesprochen, Arbeitsdienst und Wehrdienst sind aber verschiedene Dinge, die sich nicht gegenseitig ersetzen lassen. Wie Röhm während seiner Defensive sagte: Wehrmacht nach außen, SA Garant des Nationalsozialismus, und wie Himmler diesen Vers in seiner Notlage wiederholte, so sagt auch Hierl heute:

»Die Wehrmacht ist dazu berufen, den deutschen Lebensraum nach außen zu schützen, der Arbeitsdienst als praktisch angewandter Nationalsozialismus ist der Garant dafür, daß unser Volk im Innern nie wieder durch Klassegegensätze zerrissen wird...«

Resigniert stellt Hierl in einem Artikel fest:

»Die Erziehung in der Wehrmacht war ausschließlich auf die militärische Ausbildung eingestellt. Der junge Arbeiter, der als Sozialdemokrat in die Armee eintrat, verließ die Armee zwar als gut ausgebildeter Soldat, war aber Sozialdemokrat geblieben...«

Der Arbeitsdienst soll hier nun nach Hierls Wünschen als Kitt wirken, er soll das Wunder vollführen, aus Sozialisten und Friedensfreunden Chauvinisten und Kriegsbegeisterte zu machen. Er soll in der Sphäre von Propaganda und Erziehung die Sünden der Schacht und Co. also die kapitalistische, bedingten Gegensätze überbrücken. Schacht sollte froh darüber sein, er ist es scheinbar doch nicht, denn gerade aus den Kreisen der Wirtschaft werden lebhafteste Bedenken gegen die Beibehaltung des Arbeitsdienstes geäußert.

»... wie lange kann man die freiwillige Zeitherrgabe des jungen Menschen fordern, wenn man nicht durch die beiden Volksdienstpflichten seine doch andererseits in einem Volk von Qualitätsarbeitern unerlässliche Berufsausbildung gefährden will? Die Zeit ist auf jeden Fall begrenzt, und in sie müssen sich dann eben Wehrpflicht und Arbeitsdienst teilen. Voran geht dabei die Erhaltung dessen, was wir haben, also die notwendige Ausbildungszeit für die Wehrmacht...«

So schreibt der »Deutsche Volkswirt« und gibt der Meinung Ausdruck, daß der Arbeitsdienst also nicht unberührt bleiben kann. Daß dies auch Kostengründe sind, wird natürlich verschwiegen aber das hatte Schacht früher schon geäußert und die Reichswehr meint das Geld besser verwenden zu können, ganz wie sie es seinerzeit von den Millionen der SA behauptete.

Hierl hat wohl schon immer gewußt, daß er viele Feinde hat. Deshalb sagte er auch einmal:

»Das Ziel steht unverrückbar vor meinen Augen. Es ist denkbar, daß ich auf dem Wege zu ihm falle, ausgeschlossen ist es aber, daß ich vor irgendeinem Gegner oder irgendeinem Widerstand kapituliere...«

Interessanterweise findet Hierl mit seiner Auffassung die völlige Billigung Ludendorffs, den Hierl seinen ersten Führer nennt. »Wir hatten die allgemeine Wehrpflicht schon einmal,« sagte Ludendorff, »trotzdem aber verloren wir den Krieg, weil das Volk nicht seine ganze Kraft der Wehrmacht gab, nicht in Geschlossenheit hinter ihr stand, ja, Zersetzung aus dem Volke in das Heer dringen konnte.«

Unfähig zu begreifen, daß der Zusammenbruch nicht das Resultat schlechter Pädagogik, sondern des preußischen Regimes und der sozialen Gegensätze war, bilden sich diese Leute ein, sie schippern die gewaltige Kluft zwischen den Klassen mit der Arbeitsdienstschippe zu. Und wenn Hierl nun in seinem Kampfe unterliegen wird, so wird er die nächste militärische Niederlage Deutschlands auf die Verknennung seines Spatens zurückführen, wie Ludendorff nachweisen wird, daß der Zusammenbruch kam, weil man die arteigene Göttlichkeit seiner Mathilde nicht zu schätzen wußte.

Ueber dem totalen Staat:

»Der Staat darf nicht fordern, was er nicht erzwingen kann. Was aber die Liebe gibt und der Geist, das läßt sich nicht erzwingen. Das lasse er unangetastet; oder man nehme sein Gesetz und schlage es an den Pranger! Beim Himmel, der weiß nicht, was er sündigt, der den Staat zur Sittenschule machen will! Immer hat das den Staat zur Hölle gemacht, daß ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte.«

Friedrich Hölderlin (Hyperion).

Deutsche Streiflichter

Entgegenkommen gilt als Schwäche

Die Abteilung für ölige Ethik im Reichskabinett und in der Reichsführung der NSDAP verwaltet der Stellvertreter des »Führers«, Pg. Rudolf Heß. Ihm werden die Ausländer, zumal aus den angelsächsischen und skandinavischen Ländern zugeführt, die mit religiösen Bedenken gegen die rauen Sitten des »Dritten Reichs« nach Deutschland kommen und sich gerne überzeugen lassen möchten, daß auch der göttliche Funke noch in nationalsozialistischen Menschen lebt. Für sie hält Rudolf Heß seine Begabung und Neigung zu sentimental und frömmelnden Predigten bereit. Ihnen schildert er seinen Gönner Adolf Hitler als den asketischen Vegetarier und Abstinenten, als den verkanteten Heiligen, in dem das laute Feuer eines sittlichen und keineswegs ökonomischen Sozialismus glühe. Gewiß, es gebe auch böse und rohe Menschen im Nationalsozialismus, aber Hitler und sein getreuer Fridolin Rudolf Heß gehören nicht dazu. Dabei steht fest, daß dieser Stellvertreter des »Führers« und Reichskanzlers seine politische Laufbahn, wie übrigens auch in »Mein Kampf« in kaum verbrämter Form nachzulesen ist, als Schlagetot im Münchener Radauversammlungen begonnen hat. Hinter seiner geschaukelten Sanftmut stecken die Brutalität und die Lüge jedes echten Nationalsozialisten.

Er hat diese Tage in Stockholm gesprochen, wo er als deutscher Reichsminister übrigens auch vom König empfangen worden ist. Wie »Social-Demokraten« berichtet, hat Rudolf der Friedfertige die deutschen Sozialdemokraten als gewissenlose Subjekte bezeichnet, die an dem deutschen Unglück schuld seien. Das schwedische Partei- und Regierungsblatt wundert sich über diese Frechheit, da die Kameraden dieser deutschen Sozialdemokraten immerhin das Land regieren, in dem Herr Rudolf Heß Gastfreundschaft in Anspruch nahm. Schweden sei allerdings ein freies Land, wo er sich so etwas erlauben könne, aber bilde man sich etwa ein, daß ein schwedischer Sozialdemokrat in Berlin lähnlich über die Nazi sprechen dürfe?

Niemand wird sich das vorstellen können, es sei denn, der Schwede habe die Absicht, die Folterräume der Braunen Häuser und der

Konzentrationslager von innen kennen zu lernen oder wünsche durchaus, auf der Flucht erschossen zu werden. Im Auslande empfindet aber auch niemand richtig, wie die liberale Gastlichkeit in demokratisch regierten Ländern auf die Burschen wirkt, die daheim auch die sachlichste und zähmste Kritik buchstäblich erwürgen. Die Heß und Hitler und Göring und Konsorten empfinden das Entgegenkommen von neutralen »Ländchen«, wie Göring in einer wilden Rede zu Freiburg die Schweiz nannte, als Angst und Schwäche vor dem großmächtigen nazistischen Deutschland, und wenn sie nach Hause kommen, machen sie sich über die schlappen Kerle da draußen lustig. Solchen rüden Burschen imponiert nur, wenn man sie so behandelt, wie sie es verdienen. Kann man sich dazu nicht entschließen, so sollte man wenigstens in jedem einzelnen Falle eines Auftretens wie das des Heß in Stockholm in kürzester Frist einem führenden deutschen Sozialdemokraten Gelegenheit zu geben, auf die gegen einen nach wie vor großen und kulturell hochstehenden Teil des deutschen Volkes geschleuderten Angriffe in sachlicher Entscheidung dort zu antworten, wo die rednerischen Ausschreitungen begangen worden sind. So sollten es Recht und politische Vernunft gebieten.

Frei war die Saar

Es ist eine Schmach, daß man es als Deutscher zugestehen muß: aber Tatsache ist, daß im Rheinland jetzt nicht selten Vergleiche zwischen der militärischen Besatzung durch die Entente von einst und der feindlichen Okkupation durch die Hitlermilitären jetzt gezogen werden und das Urteil zugunsten der fremden Soldaten, einschließlich der Marokkaner und Anamiten ausfällt. Die Bevölkerung fühlte sich sicherer. Wilde Strafexpeditionen gab es nicht, »Schulungslager« auch nicht, und gegenüber den ausländischen Militärärzten konnte man sich durch Dolmetscher verständlich machen, während die Nazibossen für freie deutsche Auffassungen und deutsche Kultur kein Gehör haben.

Den Unterschied zwischen einer Völkerbundsregierung, die als »Fremdherrschaft« diffamiert wurde, und einer Nazidiktatur erlebt jetzt das Saargebiet. Was nicht nazistisch ist, wird verboten. Gerade jetzt vor

einem Jahre marschierten die katholischen Organisationen von Saar und Mosel in Saarbrücken zu einer riesigen Kundgebung auf. Kein Völkerbundsminister hinderte sie. Nun wollte zwei Monate nach der großen Saarbefreiung der konfessionelle Verband »Neu-Deutschland« einen Aufmarsch in Saarbrücken veranstalten. Der Reichskommissar Bürckel bezeichnete das ihm eingereichte Programm, obwohl es nur katholische Lieder enthielt, als eine Provokation und hat nicht nur die eine vorgesehene, sondern auch »alle weiteren Kundgebungen« des Verbandes untersagt. »Deutsch ist die Saar« — aber frei ist sie gewesen.

669 hoch bezahlte Schweiger

Am 21. Mai war der Reichstag einberufen, um eine Hitlerrede anzuhören. Eine der Hauptforderungen des oppositionellen Nationalsozialismus war, die Zahl der Reichstagsabgeordneten zu verringern. Es sind jetzt 669, im Jahre 1930 waren es noch 577. Zur »Korruption« des Parlamentarismus, wie ihn die Nazis verurteilten, gehörten die Diäten. In den bekannten vierzehn Jahren »marxistischer Mißwirtschaft« mußte für die Aufwandsentschädigung in vielen Plenar- und Kommissionssitzungen gearbeitet werden. Wer schwänzte, erhielt pro Fehltag 20 RM abgezogen. Wie ist das jetzt? In achtzehn Monaten hat der Reichstag ganze fünf Sitzungen mit insgesamt etwa acht Stunden Arbeitsdauer abgehalten. Dafür hat jeder der 669 Abgeordneten monatlich 600 RM = 10.800 RM ausgezahlt erhalten. Schweigen ist Gold! Man sollte das alte deutsche Sprichwort über das Hauptportal des Reichstagsgebäudes setzen, denn die Inschrift »Dem deutschen Volke« ist lange schon nicht mehr wahr.

Wo bleibt die katholische Solidarität?

Die Prozesse gegen Mitglieder katholischer Orden wegen Devisenvergehen haben begonnen. Es handelt sich um etwa 50 bis 90 Angeklagte, von denen etwa die Hälfte auf die Diözese Münster i. W. entfallen. Die ersten Urteile bringen jahrelange Zuchthausstrafen und hunderttausende Mark Geldbußen. Alle Verhandlungen sollen in Berlin stattfinden, weil die Stimmung in den katholischen Gebieten so gereizt ist, daß man Ausbrüche des katholischen Volkstalles befürchtet. Die Tatsache der Devisenvergehen steht fest. Juristisch dürften sich die meisten Angeklagten schuldig gemacht haben, allerdings handelt es sich in nicht einem einzigen Falle um persönliche Bereicherung. Die deutschen Klöster haben charitative Verpflichtungen gegenüber außerdeutschen Mutterhäusern ihrer Orden und ähnliche Transaktionen erfüllt. In den katholischen Kreisen Deutschlands wird weniger das gerichtliche Vorgehen selbst verurteilt als die Art, wie die Gestapo vorgegangen ist. Die Ueberfälle auf die Klöster erfolgten in der beliebtesten »schlagartigen« Form. Die Folge waren schwere Nervenerschütterungen bei den meist schon älteren Klosterfrauen. Von einer in Berlin-Reinickendorf betroffenen Gruppe, die als eine der ersten ihrer Aburteilung entgegensieht, fiel eine Schwester bei dem Eindringen der Polizei tot zu Boden, eine andere Schwester ist im Gefängnis gestorben.

Auffallend ist die geringe Anteilnahme, die den Verfolgungen des Katholizismus durch die Nazis im katholischen Auslande entgegengebracht wird. Einige Berichte und lahme Artikel, das ist alles. Wie ganz anders hat der internationale Katholizismus beispielsweise gegen die antiklerikale Politik in Mexiko mobil gemacht, von Rußland ganz zu schweigen. Man stelle sich den Riesenschrei in der ganzen Welt mit dem Papst an der Spitze vor, wenn etwa eine Regierung Ebert-Scheidemann auch nur einen beschludenen Teil der Maßnahmen durchgeführt hätte, die jetzt in Deutschland alltäglich sind, und die zahllosen wilden Exzesse gegen einzelne Priester und Laien sind noch hinzuzurechnen!

Hanna Wink.

Triumphe...

»Die Synagoge in Sickenhoven bei Balanhausen (Hessen) ist in ein Heim der Hitlerjugend umgewandelt worden.« (Aus einer hessischen Zeitung.)

Neues Geflüster

Deutsche, eßt deutsches Schweinefleisch! Ihr unterstützt damit die deutsche Sauwirtschaft.

Korruption und Rechtsprechung

Einmal Strafe — einmal Gnade

In Wuppertal-Elberfeld lebte ein 53-jähriger, führerfrommer Mann, der hatte schon oft gehört, daß man Klagen und Beschwerden über nationalsozialistische Beamte nicht »feige« von Ohr zu Ohr tuscheln, sondern ohne Scheu bei der zuständigen Stelle vorbringen solle. Als sich nun das Material gegen den Kreisleiter Feick, gegen den Wasserwerkdirektor Seegert, sowie gegen verschiedene Amts- und sonstige -walter der Partei in Wuppertal häufte, als Erpressungen, Anschaffung luxuriöser Automobile, Abhaltung feudaler Gastgelage, Verschacherung wohlbezahlter Posten immer zur lieben Gewohnheit — und gleichzeitig zum heimlichen Stadtgespräch wurden, da setzte er sich hin und schrieb an Göring, schrieb an Göbbels, man solle nicht länger dulden, daß solche Kerle die Bewegung bloßstellen.

In der vergangenen Woche beschäftigte sich das Wuppertaler Gericht mit dem Fall. Es verurteilte — wen? Den Kreisleiter? Den Wasserwerkdirektor? Die Amtswalter? Nein, es verurteilte den Ankläger, der die Briefe verfaßt hatte, zu einem Jahr Gefängnis.

»Abschließend betonte der Gerichtsvorsitzende« (so heißt es im Bericht), »daß das, was der Angeklagte getan habe, sich als Machwerk charakterisiere, bei dem Unverstand, Klatschsucht und böser Wille Paten gestanden haben. Aus diesem Grunde sei das Gericht nicht willens gewesen, ihm die Wahrnehmung berechtigter Interessen zuzubilligen.«

Den braunen Korruptionisten aber wurde bestätigt, sie seien rein wie Neugeborene es nicht sind. Was Urteile und »Rechtfertigungen« solcher Art zu bedeuten haben, weiß man. Noch wenige Tage, ehe Röhm abgeschossen und vom Führer in aller Öffentlichkeit zum Lumpen ernannt wurde, schickten deutsche Gerichte ein paar Angeklagte ins Gefängnis, die des Führers späte Erkenntnis vorweggenommen hatten.

Indes bedarf es keiner aus der Vergangenheit geholten Beweise, um die deutsche Rechtsprechung zu beleuchten. Um die

gleiche Zeit, da die Wuppertaler Richter sich die Köpfe zerbrachen, wie ein Ankläger gegen das braune Korruptionssystem am besten zu bestrafen sei, saßen die Rechtshüter der großen Strafkammer zu Köln am Rhein vor einem weit unangenehmeren Fall. Hier galt es nämlich, nationalsozialistische Ehrenmänner herauszupacken, deren Schuld ganz offen und unverhüllbar zutage lag. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor von Löben, hörte voller Angst und Entsetzen die Anklagerede des Staatsanwalts an, die besagte, der Kölner Untergauleiter der deutschen Glaubensbewegung habe mit Hilfe seines selbstgewählten Kassensführers in wenigen Monaten etwa 5000 Mark veruntreut. Einen Teil davon zahlte er ganz kaltblütig auf das Sparkassenbuch seines Sohnes ein. Die Summe war eigentlich noch höher als 5000 Mark, denn außerordentlich umfangreiche Reisespesen, die zwar verbucht, aber nicht glaubhaft waren, kamen zu den nachweislich unterschlagenen Geldern hinzu. Außerdem fand man bei der Auflösung des Gaus zwar für 8000 Mark unbezahlte Rechnungen, aber nur 1500 Mark flüssige Mittel vor.

Alle Beweise waren vorhanden, die Bücher lagen zur Einsicht bereit, an der belastenden Aussage des Revisors war nicht zu drehen und nicht zu deuteln. Der Staatsanwalt beantragte für jeden Angeklagten 10 Monate Gefängnis. »Da gingen die Berater zu den Richtersthühen« — — — und nach etwa 1½stündiger Sitzung wurde das Verfahren auf Grund des Straffreiheitsgesetzes eingestellt.

Wenn in Zukunft ein Bürger der Stadt Köln behaupten wollte, daß die beiden Angeklagten die Kasse der Deutschen Glaubensbewegung um einige Tausend Mark erliefert hätten, so müßte er gewärtigen, ins Gefängnis zu wandern. Denn die »Wahrnehmung berechtigter Interessen« kann nicht zugebilligt werden, wenn es sich um die Bloßstellung brauner Verbrecher handelt.

Fortwursteln - wie lange noch?

Es wird inflationistisch fortgewurstelt. Das ist das österreichisch-braunauische Kompromiß, mit dem der Konflikt zwischen den draufgängerischen und den vorsichtigen Inflationisten vorläufig beigelegt zu sein scheint. Daß es sich nur um eine provisorische Lösung handelt, liegt nicht nur in der Natur der Sache, sondern wird auch durch einen Artikel im »Angriff« vom 16. Mai bewiesen, der einen bedeutsamen Vorstoß der nationalsozialistischen Befürworter der Währungsverschlechterung darstellt. Der Artikel stammt von einem Mitglied des Stabes des Stellvertreters Hitlers, des Reichsministers Heß. Daß der Erfolg der binnenwirtschaftlichen Wirtschaft die Aufrechterhaltung einer festen Währung erfordert, wird als ein verderblicher Irrglaube bezeichnet und behauptet, daß diese falsche Auffassung nur noch bei einem kleinen Teildermaßgebenden Stellen herrsche.

Dieses offene Eintreten für die Währungsabwertung von so prominenter nationalsozialistischer Stelle hat heftige Beunruhigung ausgelöst und ist an der Börse trotz der Gegenerklärung der Reichsbank sehr ernst genommen und mit einer richtigen Sachwerthaussee beantwortet worden. Namentlich internationale Aktien erzielten Rekordkurse.

Die Unruhe ist umso größer, als das Vertrauen in die Zukunftsmittel des Herrn Schacht auch bei seinen bisherigen Anhängern immer mehr schwindet, jeder Einblick in die Finanzgebarung immer unmöglicher wird und die Wirtschaftslage sich immer offensichtlicher verschlechtert.

Schacht scheint ja endlich mit seiner Schröpfung der privaten und Sozialversicherungsanstalten etwas weiter gekommen zu sein. Freilich muß er viel Wasser in seinen Wein schütten. Ursprünglich sollten die Versicherungsgesellschaften eine Anleihe von 750 Millionen übernehmen. Jetzt wird gemeldet, daß man sich zwar über die Bedingungen der Anleihe geeinigt habe — es handelt sich um eine viereinhalbprozentige Anleihe mit einem Begebungskurs von 98½ Prozent und 2 Prozent Tilgung, was eine Tilgungsdauer von 26½ und eine Effektivverzinsung von 4,65 Prozent bedeutet — aber die Höhe der Summe steht noch nicht fest und sicher scheint nur zu sein, daß sie 500 Millionen nicht erreichen wird. Die Versicherungsgesellschaften setzen sich mit aller Kraft zur Wehr, und das aus triftigen Gründen. Denn für sie bedeutet diese erzwungene Anleiheübernahme nur, daß sie gute Kapitalanlagen, soweit es solche in Deutschland noch gibt, gegen das schlechte Staatspapier austauschen müssen. In der Tat haben die Versicherungsinstitute auch schon den Beschluß fassen müssen, ihre Käufe von Anleihen und Pfandbriefen einzustellen und keine Anträge auf Gewährung von Hypotheken entgegenzunehmen. Um eine Kündigung schon gewährter Hypotheken zu vermeiden, hat sich Schacht dazu verstehen müssen, besonders lange Einzahlungstermine zuzugestehen und die sofortige Wiederbeleihung der Anleihestücke bei der Reichsbank zuzusagen. Davon wird vor allem die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Gebrauch machen müssen, der Schacht nicht weniger als 100 Millionen aufzwingt. Denn sie hat bis jetzt auch die Posten Reichsbahnaktien und Umschuldungsanleihe, die ihr der Reichsfinanzminister vor einiger Zeit angehängt hat, noch nicht verdauen können und einen Teil davon noch heute bei der Reichsbank lombardiert.

Der Schwindel ist offenbar! Um einen Teil der bei der Reichsbank eingefrorenen Arbeitsbeschaffungswchsel loszuwerden, die im ganzen heute mit rund drei Milliarden etwa 80 Prozent des Reichsbankportefolles ausmachen, zwingt sie Schacht in Form von Anleihestücken den Versicherungsinstituten auf. In demselben Umfang aber müssen die Institute ihre Ausleihungen an Hypotheken, ihre Käufe an Pfandbriefen und Anleihen unterlassen. Schacht vermindert also die neue Arbeitsbeschaffung, die die Gewährung von Hypotheken und der Kauf von Pfandbriefen ermöglicht. Volkswirtschaftlich bedeutet die ganze Transaktion also nur, daß Schacht die Institute an neuer Arbeitsbeschaffung hindert. Er reißt neue Lücken auf, um alte zu stopfen. Er will seinen Reichsbankausweis verschönern, er ändert aber nicht das geringste daran, daß

auch diese neue Zwangsanleihe in letzter Instanz nur durch den Notenbankkredit finanziert ist. Daß solche Methoden selbst in Deutschland immer weniger Eindruck machen und die Aussicht, daß schließlich eine Geldabwertung nach Danziger Muster unvermeidlich werden wird, rasch an Verbreitung gewinnt, ist natürlich genug.

Der zurückbefohlene Krosigk

Dieser Glaube wird noch gefördert durch die schwache Abwehr, die der zurückgekehrte Krosigk den Devaluationsanhängern in einer Rede über »Öffentliche Finanzen und Wirtschaft« entgegenzusetzen hat. Der Minister fürchtet nur eines: die Gegenmaßnahmen des Auslandes gegen ein neues Valutadumping. Daß die Geldabwertung Enteignung der Spärer und neuen Lohnraub bedeutet, wie das Exempel in Danzig erneut beweist, das kümmert die Nationalsozialisten wenig. Wie lange aber das Argument noch verfängt, ist umso zweifelhafter, als Gegenmaßnahmen auch gegen den neuen Plan Schachts, durch direkte Subventionierung der Ausfuhr das Dumping zu steigern, zu erwarten sind. Die Rede Krosigks war auch im übrigen eine Enttäuschung. Ueber die wirkliche und allein entscheidende Frage, wie denn nun die ungeheuren Rüstungsausgaben finanziert werden sollen, sagte dieser merkwürdige Finanzminister auch nicht ein Wort! Der neue Etat bleibt weiter im Dunkeln, die Höhe der Ausgaben wird verheimlicht und nur in einem Punkt ist Krosigk bestimmt: Lohnerhöhungen dürfen nicht erfolgen. Dem Ley mit seiner Ankündigung, den »gerechten Lohn« ab 1. Mai 1936 zu verwirklichen, wird wieder einmal bedeutet, daß sich die »Arbeitsfront« um die Lohnfrage nicht zu kümmern hat. Ebenso wie Lohnerhöhungen bezeichnet Krosigk auch Steuersenkungen für unmöglich. Die schönen Versprechen der Nationalsozialisten haben sich gründlich verflüchtigt.

Sehr pessimistisch, fast wahrheitsliebend, wurde Krosigk, als er auf den »dunklen Punkt«, den Export, zu sprechen kam. Es würden nur mehr 12 Prozent der industriellen Produktion exportiert. Infolge des Ausfuhrrückgangs würden zurzeit 13½ Millionen Arbeiter weniger beschäftigt als 1928. Diese Situation sei aber bedrohlich, nicht nur wegen der Verschärfung des Arbeitslosenproblems — hat nicht der Ley am 1. Mai verkündet, daß es innerhalb eines Jahres keine Arbeitslosen mehr in Deutschland geben werde? — sondern auch wegen der Rohstoffversorgung.

Ungünstiger Außenhandel

In der Tat zeigt der Außenhandel im April wieder ein ungünstiges Bild. Er weist ein Defizit von 19 Millionen auf. Das ergibt für die ersten vier Monate des laufenden Jahres schon ein Defizit von 181 Millionen Reichsmark gegen 284 Millionen im ganzen Jahr 1934. Gegenüber dem Vormonat hat die Einfuhr mit 359 Millionen um 9 Millionen zugenommen, während die Ausfuhr von 365 auf 340 Millionen, also um 25 Millionen zurückgegangen ist. Die Hoffnung, daß sich aus den zunehmenden Kompensationsgeschäften eine Steigerung der Ausfuhr ergeben werde, hat sich demnach bisher nicht verwirklicht. Wieder betrifft der Rückgang der Ausfuhr am stärksten gerade die wichtigste Gruppe, die der Fertigwaren, mit rund 17 Millionen. Am meisten betroffen sind Textilfertigerwaren und chemische und pharmazeutische Erzeugnisse einschließlich Farben. Dagegen hat die Einfuhr erneut zugenommen, während sie vor einem Jahr unverändert geblieben und 1933 um rund 11 Prozent gesunken war. Zugenommen hat vor allem die Einfuhr von Rohstoffen, sodaß der Monatsdurchschnitt des Vorjahres erneut überschritten wurde. Bezeichnend ist die Zunahme der Einfuhr von Eisenerz (+2,3) und Aluminium (+2,1), also von Rohstoffen für die Rüstungsindustrie, trotz der namentlich bei Aluminium sehr stark gestiegenen Inlandserzeugung.

Das Defizit der Handelsbilanz ist seit der Erschöpfung der Goldvorräte bekanntlich im wesentlichen auf zweierlei Weise gedeckt worden: einmal durch die fortschreitende Verweigerung der Zinszahlungen, zweitens dadurch, daß die eingeführten Waren zum Teil nicht bezahlt wurden. Jetzt scheint aber die Grenze erreicht zu sein. Während des ersten Vierteljahres

1935 hatte sich im Verkehr mit den europäischen Ländern statt des normalen Ausfuhrüberschusses zum erstenmal ein Einfuhrüberschuß ergeben. Denn Schacht hatte systematisch die Einfuhr aus diesen Ländern erhöht. Dadurch hatte er ihren Forderungsanspruch an Deutschland zum Verschwinden gebracht, und auf den Verrechnungskonten ergaben sich nicht nur keine Ueberschüsse zur Bezahlung der Zinsen, sondern ein erheblicher Teil der gelieferten Waren blieb unbezahlt. Jetzt scheinen aber die Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder wirksam zu werden. Sie haben die Ausfuhr nach Deutschland auf das Maß gedrosselt, das ihnen die Zahlung sicherstellt. Jedenfalls zeigt die Aprilbilanz, daß die Bezüge Deutschlands aus den europäischen Ländern zurückgegangen sind. Diese bestehen jetzt auf barer Zahlung. Will Schacht also die Einfuhr in dem für die Ausrüstung nötigen Maß aufrechterhalten, so muß er um jeden Preis den Export steigern. Deshalb besteht er auf der Exportabgabe, die ihm in großem Umfang das Dumping ermöglichen soll. Die Industrie hat aber bis jetzt ihren Widerstand aufrecht erhalten, und erst die nächsten Wochen werden zeigen, wie und in welchem Umfang Schacht die neue Belastung der deutschen Produktion durchsetzen kann.

Binnenwirtschaftliche Schwierigkeiten

Der Exportrückgang fällt zusammen mit einer Abschwächung der Konjunktur in all jenen Wirtschaftszweigen, die nicht unmittelbar von Rüstungsaufträgen leben. Das gilt vor allem für die Textilindustrie. Während es noch vor kurzem in den Handelskammerberichten hieß, daß sich von der Weberei an bis zur Konfektion eine zunehmende Verlangsamung des Geschäfts geltend mache, aber die Nachfrage nach Garnen aller Art sehr lebhaft sei, hat jetzt die Krise auch auf die Spinnereien übergreifen. Nach den Berichten der deutschen Baumwollindustrie für April hat die Nachfrage nach Baumwollgarnen nachgelassen, während bisher der Bedarf so groß war, daß er nicht befriedigt werden konnte. Insbesondere sei das Interesse für Mischgespinste wesentlich zurückgegangen — eine Angabe, die besonders bedeutungsvoll in einer Zeit ist, in der Schacht die Errichtung neuer Anlagen für diese vom Konsum offenbar abgelehnten Erzeugnisse erzwingt. In der Vigogne- und Zweizylinderspinnerei habe der Neueingang von Aufträgen und der Abruf auf bestehende Kontrakte nachgelassen. In der Baumwollspinnerei sei stellenweise der Auftragseingang nicht unbedeutend zurückgegangen. In der Rohmaterialbeschaffung ergeben sich Schwierigkeiten und die Ausfuhr leide nach wie vor.

Was für die Textilindustrie gilt, gilt aber auch für einen großen Teil der Konsummittelindustrien überhaupt. Das beweist die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze, die im März einen Rückgang um 8 Prozent zu verzeichnen hatten, ebenso, wie die Klagen über den schlechten Ausfall des Ostergeschäfts und des Inventurausverkaufs.

So gesellen sich zu den immer schwieriger werdenden Problemen des Außenhandels, mit denen die Fragen der Rohstoffversorgung und der Aufrechterhaltung der Währung in engster Verbindung stehen, auch zunehmende binnenwirtschaftliche Schwierigkeiten, die die sozialen Gegensätze im allgemeinen steigern müssen und rückwirkend die bestehenden Konflikte innerhalb des Regimes verschärfen.

Dr. Richard Kern.

Ersatzproduktion und Kriegszweck

Die industriellen Rohstoffe, die in Deutschland der strengsten Zwangswirtschaft unterliegen, sind die Metalle. Die Ueberwachungsstellen bestimmen die Höhe der Einfuhr, der Preise und der Gewinnspannen, kontrollieren die Verarbeitung der metallischen Rohstoffe und ihre Vorräte. Als Zweck dieser strengen Staatswirtschaft wird die Ersparnis von Devisen angegeben. In der deutschen Metallwirtschaft kann nichts geschehen was die Ueberwachungsstellen nicht wissen und wollen. Wenn also ihr angeblicher Zweck nicht erreicht wird, sondern das genaue Gegenteil, so beweist das, daß dieser Zweck gar nicht erreicht werden sollte, sondern nur

vorgetäuscht ist. Man müßte annehmen, daß die Steigerung der Erzeugung heimischer Metalle den Anteil der vom Ausland eingeführten vermindern müßte. Aus den letzten Vierteljahrsheften des Instituts für Konjunkturforschung erfahren wir aber überraschender Weise, daß an der Gesamtversorgung mit Metallen der Anteil der vom Ausland eingeführten nicht sinkt, sondern steigt. Der Anteil der Einfuhr war 1934 gegenüber 1933 gestiegen von 53,8 auf 60,4, bei Blei von 14,3 auf 23,1 Prozent und nur bei Zink war er wenig, und zwar von 57 auf 53 Prozent gesunken. Der Sinn der Ueberwachungsstellen ist also nicht die Ersparnis von Devisen, sondern die Anhäufung von Vorräten, sie sind nicht Instrumente zur Verbesserung der Zahlungsbilanz, sondern Instrumente der Kriegswirtschaft.

Das Nein der Arbeiter

Nun liegt ein offizielles Eingeständnis der Nationalsozialisten über den miserablen Ausfall der Vertrauensratswahlen vor. Der Berliner Stadtr. Engel hat in einer Versammlung im Berliner Sportpalast (Frankfurter Zeitung Nr. 251) u. a. gesagt:

Maßgeblich für das schlechte Abschneiden bei den Wahlen sei durchaus nicht so sehr die Lohnfrage als vielmehr die Art der Behandlung der Gefolgschaft. Es werde Aufgabe der nächsten Zeit sein, die Betriebe, die am schlechtesten abgeschnitten hätten, genauer unter die Lupe zu nehmen und ein ernstes Wort mit den meist abseits von der eigenen Belegschaft stehenden Betriebsführern zu reden, denen offenbar nationalistische Schulung sehr not tut. Wenn es da und dort auch unter der Gefolgschaft noch sehr böse aussähe, so eröffne sich damit ein reiches und wichtiges Betätigungsfeld für die Vertrauensmänner, die danach trachten müßten, sich durch das gute Beispiel das immer nur sauer erkämpft werden könne, zu erwerben.

Ueber die Vertrauensmänner, denen hier Engel eine so große Aufgabe zuweist, kursoriert in den Betrieben eine Scherzfrage. Was ist der Unterschied zwischen einem Hundekuchen und einem Vertrauensrat? Antwort: Der Hundekuchen ist für den Hund, und der Vertrauensrat für die Katz!

Schließlich soll Engel nicht so tun, als wüßte er nicht, was die Opposition bei den Vertrauensratswahlen bedeutet: In 140.000 Betriebsversammlungen hat man sie als eine große politische Vertrauensfrage für das Regime aufgezogen, und die Antwort von Millionen und aber Millionen Arbeitern war: Nein! In diesem Nein aber steckt zugleich das Ja für den Sturz der Nazidiktatur, für sozialistischen Aufbau und sozialistische Freiheit!

Befohlene Hurraschreier

Nächst dem arischen Volksgott Hitler, der durch die staatliche Propaganda längst über Menschenmaß hinausgeschoben ist, werden die größten Ehren für Göring befohlen, der sich jetzt auf seinen Fahrten durchs Land wie ein Cäsar feiern läßt. Stundenlang — in Bonn war es jüngst so — müssen die Schulkinder und das sonstwie befohlene Publikum auf das Eintreffen des großen Hermann warten. Nie ist ein Kaiser mit soviel Vor- und Nachtrab, mit so großem Gefolge, mit so einem Tamtam eingezogen wie Göring, der mehr und mehr zum Gespött der Hitleriken wird, die einen strahlenden Lohengrin erwarteten und einen grinsenden Dickwanat vorüberfahren sahen ...

Der Naziartei in Freiburg verdankt man den dokumentarischen Beweis, wie in Deutschland Volkskundgebungen für die geliebten Führer zustande kommen. Dort erschien in der Presse folgende befehlsmäßige Drohung:

Im Benehmen mit der Polizeidirektion und den übrigen Dienststellen ergeht folgender Aufruf:

Bei dem Empfang des Ministerpräsidenten General Göring anlässlich seines Freiburger Besuchs am 10. Mai 1935 muß eine umfassende Teilnahme der Bevölkerung ermöglicht und die allgemeine Freude nach außen bekundet werden. Es ergeht deshalb das dringende Ersuchen an die in Frage kommenden Bevölkerungskreise, an diesem Tage in der Zeit von 15 bis 17 Uhr sämtliche offene Verkaufsstellen (Ladengeschäfte), alle gewerblichen und industriellen Betriebe, sowie sämtliche Gast- und Schankwirtschaften zu schließen. Ausgeschlossen können Arbeiten bleiben, die zur Aufrechterhaltung und zur Fortführung industrieller Betriebe unbedingt notwendig sind.

Es darf darauf hingewiesen werden, daß die Bevölkerung in der Außerachtlassung dieses Aufrufes eine gegensätzliche Haltung und Einstellung erblicken müßte.

NSDAP-Kreispropaganda-Leitung.

Schreit Hurra oder Ihr werdet eingesperrt. Das ist hier das Entweder — Oder.

Die „fliegende Nation“

Enthüllungen über die deutsche Luftaufrüstung

Das im verflossenen Herbst erschienene Buch der Sekretärin der englischen Union für demokratische Kontrolle, Dorothy Woodman, »Hitler treibt zum Kriege«, hat überall verdiente Beachtung gefunden und viel dazu beigetragen, daß das Ausland über den Stand der deutschen Aufrüstung unterrichtet wurde. Die nach der Proklamierung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland offiziell bekanntgegebenen Daten haben zu einem großen Teil die Angaben von Dorothy Woodman bestätigt. Jetzt erscheint in der Edition du Carrefour, Paris, ein neues Werk derselben Verfasserin »Hitlers Luftflotte startbereit« (182 Seiten, Preis Frs. 15.— oder Ks 20.—), in dem an Hand eines reichhaltigen Tatsachenmaterials, das zu einem großen Teil der Fachliteratur entnommen ist, der derzeitige Stand der deutschen Luftaufrüstung dargestellt wird.

In der Einleitung unternimmt die Verfasserin den Versuch, die Vertuschungspolitik der Hitlerregierung durch ihre Vernebelungsversuche auf dem Gebiete der Luftaufrüstung dokumentarisch nachzuweisen. Am 15. Februar 1934 gab Göring dem Sonderberichterstatter der »Daily Mail«, Ward Price, in einem Interview folgende Erklärung ab:

»Die gesamte deutsche Luftfahrt verfügt nur über rund 300 Flugzeuge, einschließlich der veralteten Typen... Ein militärisch brauchbares Flugzeug gibt es in Deutschland nicht.«

Zwei Monate später, Anfang April, wurde der deutsche Etat für 1934 publiziert, aus dem hervorging, daß für Luftfahrt und Luftschutz Ausgaben in Höhe von 210 Millionen Mark, 134 Millionen mehr als im Vorjahr, angesetzt waren. Auf einen geharnischten Protest der englischen Regierung erklärte Außenminister Neurath, am 27. April vor deutschen Pressevertretern:

»Alle Behauptungen, als ob wir uns nicht nur auf die Vorbereitung einer defensiven Ausrüstung mit Angriffswaffen eingestellt hätten, verweise ich auf das Entscheidendste in das Reich der Fabel.«

Am 20. Dezember 1934 empfing Göring den Korrespondenten des Reuter-Büros und erklärte ihm feierlich, alles, was Deutschland tue, diene nur dem zivilen Flugverkehr und dem passiven Luftschutz. Eine militärische Aviatik existiere in Deutschland nicht. Wörtlich setzte er fort:

»Natürlich haben wir einige Versuchsmaschinen. Aber davon zu sprechen, daß Deutschland Hunderte von Militärflugzeugen habe, ist einfach lächerlich.«

Knappe drei Monate später, am 10. März 1935, erklärte Göring dem Berichterstatter der »Daily Mail«, Ward Price, daß ab 1. April 1935 Deutschland eine militärische Luftflotte haben werde in einer Stärke, die ausreiche, jeden Luftangriff, gleichgültig in welchem Augenblick, erfolgreich abzuschlagen. Diese Erklärung, im Lichte früherer offizieller Äußerungen, verriet, daß die deutsche Luftflotte eine Stärke von weit über 1000 Flugzeugen besaß.

Der Schleier wurde vollends gelüftet durch die Rede Görings vor dem Verein der ausländischen Presse zu Berlin am 2. Mai 1935. Hier gab Göring mit zynischer Offenheit zu, daß die Hitlerregierung bisher die Öffentlichkeit bewußt angelogen habe. Wenn die Auslandspresse in früheren Monaten behauptet habe, daß in verborgenen Fabriken Tag und Nacht gearbeitet wurde, so habe sie dabei zum Teil Recht gehabt. Göring gab offen zu, daß er es abgelehnt habe, den Weg einer langsamen, allmählichen Aufrüstung zu beschreiten. Er habe vielmehr »die technischen und industriellen Möglichkeiten bis zum Äußersten ausgebaut, die es dann gestatteten, schlagartig die Luftwaffe zu schaffen.«

Wie Göring, so verfuhr auch Hitler. Während des Besuchs Sir John Simon in Berlin, erklärte ihm Hitler, die deutschen Luftstreitkräfte seien nahezu denen Großbritanniens gleich. Wenige Wochen später konnte das britische Luftfahrtministerium feststellen, daß die deutsche Luftflotte, im Gegensatz zur Behauptung Hitlers, bereits doppelt so stark sei wie die englische.

Mit Recht sagt Dorothy Woodman über diese Vernebelungsversuche der Hitlerregierung:

»So wie die Hitlerregierung in Sachen der deutschen Luftaufrüstung gelogen hat, so hat noch kaum eine Regierung die Regierungen anderer Länder belogen, mit denen sie äußerlich in freundschaftlichen Beziehungen lebte.«

Diese Tatsache zwingt eine Folgerung auf, die man bisher im Auslande nicht immer gezogen habe:

»Die Folgerung, daß die Welt von der Hitlerregierung Ueberraschungen zu erwarten hat, die nur von einer Regierung kommen können, die skrupellos ihre räuberischen Eroberungsinteressen verfolgt und entschlossen ist, mit ihrer gewaltigen Kriegsmaschine brutal alles niederzutrampeeln, was sich ihr an Hindernissen in den Weg stellt.«

Solange daher die Hitlerregierung nach den in der übrigen Welt geltenden Begriffen beurteilt werde, solange betrüge man sich selbst; das gelte im allgemeinen ebenso wie für die Aufrüstung und im besonderen für die Aufrüstung der deutschen Luftfahrt.

Ueber den Umfang und die Methoden der Luftaufrüstung gibt Dorothy Woodman sehr eingehendes Material, das in einzelnen Teilen aus den Publikationen in der Tagespresse wohl bekannt ist, aber erst in seiner Zusammenfassung und historischen Gliederung eine richtige Vorstellung über den Stand der Dinge liefert. Zunächst ist die Feststellung wichtig, daß die Luftaufrüstung, ebenso wie die übrigen Teile der deutschen Aufrüstung, keineswegs von der Hitlerregierung aus dem Boden gestampft

wurde, sondern daß sie nur die Vollendung der Aufrüstungsarbeit darstellt, die von den in der Reichswehr verschanzten traditionellen Trägern des deutschen Militarismus seit Jahr und Tag systematisch betrieben wurde. Speziell in der Aviatik knüpfte die Aufrüstung an die Vorarbeiten an, die unter dem Deckmantel des Verkehrsflugwesens geleistet worden waren. Der Riesenkonzern der »Deutschen Luft Hansa« war einer der wichtigsten Faktoren im Expansionsstreben des neudeutschen Imperialismus und seiner militärischen Aufrüstung. Er schuf die Möglichkeit sowohl für die Tarnung der Luftaufrüstung wie für die Schaffung eines engmaschigen Netzes von Fluglinien mit der dazu gehörigen Bodenorganisation.

Ein weiterer Faktor der Aufrüstung war der Militärflugzeugbau, der in anderen Ländern, im »Exil«, betrieben wurde. Nach der Machtergreifung Hitlers setzte die Rückwanderung dieser Militärflugzeugwerke nach Deutschland ein. Zum Teil bilden aber die Auslandsbetriebe noch heute die erweiterte Basis der hitlerdeutschen Flugzeugindustrie. Daneben sind aber auch noch zahlreiche ausländische Firmen für die deutsche Luftaufrüstung tätig. Die Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß des Bundes senates in Washington im Herbst 1933 haben unwiderlegliches Material darüber geliefert. Am wesentlichsten ist jedoch der ans Phantastische grenzende Ausbau der deutschen Flugzeugindustrie selbst, die sich heute bereits in mobilem Zustande befindet. Außer den alten Flugzeugfabriken haben eine Reihe großer

Werke die Flugzeugproduktion aufgenommen, neue Fabriken wurden errichtet, Flugzeuge und Flugzeugmotoren werden am laufenden Band fabriziert, die Lager und Schuppen der geheimen Militärflugplätze bersten von demontierten und startbereiten Flugzeugen, in den deutschen Flugzeugfabriken, die bereits auf Kriegseinsatz gebracht und gehalten werden, wird meist in mehreren Schichten gearbeitet, und der Bedarf an geschulten Facharbeitern ist so gewaltig, daß sie stellenweise sogar aus den Konzentrationslagern herangeholt und eingeteilt werden.

Ueber die Ziele dieser Aufrüstung gibt die Fabrikation selbst Aufschluß. Das Hauptgewicht wird auf den Bau solcher Maschinen gelegt, die nur Angriffszwecken dienen. Neben den Kampfmaschinen, die teils als Jagd-, teils als leichte Bombenflugzeuge Verwendung finden, wird vor allem der Bau schwerer Bombenflugzeuge beschleunigt. Auch schwere Verkehrs- und Frachtflugzeuge werden gebaut, die als schwere Bombenflugzeuge Verwendung finden können. Diese technische Vorbereitung stehen in engster Verbindung mit der in den deutschen Militärkreisen vorherrschenden Ideologie, daß die Luftwaffe für einen überraschenden Ueberfall ohne Kriegserklärung eingesetzt werden müsse, um dem deutschen Vorstoß gegen die anderen Mächte den Erfolg zu sichern.

Daß man es bei der deutschen Luftaufrüstung mit einer Offensivwaffe zu tun hat, geht auch aus der Bodenorganisation, d. h. aus der Lage und Beschaffenheit der Flughäfen, Gefechtslandeplätze, Flugplätze usw. hervor, über die Dorothy Woodman zum erstenmal eine zusammenfassende Darstellung veröffentlicht. Nach ihren Angaben, die im einzelnen belegt werden, verfügt Deutschland über 261 Flughäfen, und zwar über 127 Flugplätze der Deutschen Luft Hansa, 107 Neuanlagen bzw. Umbauten früherer Militärflugplätze und 27 Sport- und Segelflugplätze. Die ausgebauten und neu angelegten Flugplätze haben meist unterirdische Hangars, Werkstätten, Unterkunft- und Munitionsräume. In der Zahl und im Ausbau der Flugplätze besitzt Deutschland einen schwer einzuholenden Vorsprung vor seinen Nachbarstaaten und »Erbeindern«. Auch aus ihrer Anlage geht deutlich die Offensivabsicht der Hitlerregierung hervor. Dem Buche von Woodman sind genaue Skizzen der Angriffsbasen beigelegt, die gegen England, Frankreich, Belgien, Italien, die Tschechoslowakei und den Osten gerichtet sind.

Es sind aber nicht allein die technischen Vorbereitungen, die in dem Buche geschildert werden, es werden auch die ideologischen Beeinflussungsmethoden und die organisatorischen Maßnahmen dargelegt, mit deren Hilfe das deutsche Volk für einen offensiven Luftkrieg vorbereitet werden soll. Das jetzt in Gang gebrachte Schlagwort von der »fliegenden Nation« drückt den Willen der Hitlerregierung aus, alle ideellen und materiellen Kräfte auf den Ausbau der Luftwaffe zu konzentrieren. Die Luftwaffe ist die Waffe, die offensive und zerstörende Kraft in höchster Potenz vereinigt. Mit ihrer überraschenden Anwendung gegenüber den Nachbarstaaten hofft die Hitlerregierung jene machtpolitischen Ziele durchsetzen zu können, die ihr als der Willensvollstreckerin des neudeutschen Imperialismus vorschweben.

Die Darstellung, die Dorothy Woodman über den Ausbau der deutschen Luftwaffe liefert, ist eine erneute Warnung an alle Nachbarstaaten Deutschlands. Sie legt sich bei ihrer Darstellung eine bewußte Reserve auf und bleibt sogar bei ihren Angaben über die Stärke der deutschen Luftflotte, die Kapazität der Flugzeugindustrie und die finanziellen Aufwendungen für die deutsche Aufrüstung hinter den in der Fachpresse gemachten Feststellungen zurück. Um so mehr sollten die politischen Schlußfolgerungen beachtet werden, die sie in ihrem verdienstvollen Werk zieht.

Seeckt kehrt heim

An die Rückkehr Seeckts nach Deutschland werden eine Reihe von Vermutungen geknüpft, die zumindestens mit Vorsicht aufgenommen werden müssen. Hier und dort glaubt man gerade durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht Seeckts Sympathien für das Dritte Reich, dem er stets sehr kühl gegenüber stand, gewonnen zu haben. Bemerkenswerter Weise ist nun aber gerade der General von Seeckt Gegner der allgemeinen Wehrpflicht, da er die großen Massenheere dieser Art für militärisch überholt ansieht. Daß ihm die Reichswehroffiziere zum größten Teil ein außergewöhnliches Vertrauen entgegenbringen, dürfte sicher sein, wie die Meldungen, wonach die Nationalsozialisten lebhaft Bedenken gegen Seeckt äußern, ebenfalls recht unglaubwürdig sind. Im Jahre 1923 unternahm völkische Kreise ja sogar ein Attentat auf Seeckt, der sich dem Hitlerputsch entgegenstellte. Seeckt hatte sich auch den Zorn der Freikorps zugezogen, die er zunächst benutzte, dann aber, als die Reichswehr ihre eigentliche Entstehungszeit erlebte, die Angehörigen der Freikorps nicht in die Reichswehr einzugliedern bereit war, da ihm diese für ein modernes Heer nicht qualifiziert genug erschienen. Schließlich hat Seeckt manchen heute führenden Nationalsozialisten aus der Reichswehr herausgedrängt, was auch nicht dazu beigetragen haben wird, den General heute jauchzend zu empfangen. Vor allem aber ist Seeckt in seiner außenpolitischen Zielsetzung weit vom heutigen Kurs entfernt. Schon aus diesem Grunde ist nicht anzunehmen, daß Hitler sich darum bemüht hat, Seeckt heranzuziehen. Seeckt war bei den Friedensverhandlungen ein Gegner des General Hoffmann und hat sich in der nachfolgenden Zeit stets um die besten Beziehungen zu Rußland bemüht. Auf russischem Boden wurden in der Ära Seeckts bekanntlich deutsche Munitionsbetriebe errichtet, und der kommunistische Aufstand 1923 wurde mit Granaten niedergeschlagen, die in Sowjetrußland gedreht wurden. Selbstverständlich hat sich Seeckt nicht verpflichtet gefühlt, seine Sympathien für Rußland auch die deutschen Kommunisten spüren zu lassen. Dennoch haben die Kommunisten alles getan, um die besten Beziehungen zu Seeckt zu unterhalten. Recht aufschlußreich ist die Zuschrift eines Offiziers an die »Rote Fahne«, die unter dem Titel »Vom Rücktritt Seeckts« ohne jedes Kommentar am 6. Juni 1925 veröffentlicht wurde. Es heißt dort u. a.:

»Wie bekannt, ringen im Reichswehrministerium schon seit längerer Zeit zwei Strömungen miteinander. Die eine, weitaus

mächtigere und bedeutendere, kann als östlich orientiert betrachtet werden. Zu ihr war seit längerer Zeit schon der General von Seeckt zu rechnen. Sie erstrebte die Aufrüstung des neuen deutschen Heeres auf dem Wege über eine Allianz mit Rußland und der im Bunde mit diesen beabsichtigten Zerschlagung Polens...«

Im schroffen Gegensatz zu dieser Strömung stand eine andere Gruppe, die sich hauptsächlich in der näheren Umgebung des Reichswehrministeriums festzusetzen verstanden hatte. Diese westlich orientierten Offiziere erwarteten das Heil von einem Zusammengehen mit den Westmächten gegen Sowjetrußland. Einige wenige treue Anhänger Ludendorffs im Offizierskorps der Reichswehr bildeten diese Richtung im Bunde mit denjenigen Offizieren, die zwar gegen Ludendorff eingestellt waren, aber trotzdem die Westlösung bevorzugten...«

Im gewissen Sinne dürften solcherlei Differenzen heute noch bestehen, wenn der Kreis der Ostorientierung und also der Seeckt-Anhänger auch beträchtlich gewachsen sein wird. Seeckt hat noch nach dem Sieg der Nationalsozialisten eine Broschüre geschrieben, in der er klar und ausführlich aufzeigte, daß Deutschland nur im Bunde mit Sowjetrußland bestehen kann. Nach den Niederlagen der Rosenbergischen Außenpolitik wird sich diese Konzeption wieder um so lebhafter durchzusetzen suchen.

Seeckt und Rosenberg sind also zweifellos nicht miteinander zu vereinbaren. Die Widersprüche sind mannigfaltiger Art, und daraus resultieren wohl auch die sich widersprechenden Meldungen, wonach bald Ludendorff bald Seeckt Chef des Generalstabes werden soll. Hier ringen verschiedene Gruppen auf außenpolitischem wie militärischem Gebiet, und wer sich in dieser oder jener Frage behaupten wird, das ist nicht getrennt von der allgemeinen Entwicklung in Deutschland zu betrachten.

Das Tier

»Wenn es noch ein Tier gäbe, das dem Menschen an Kräften überlegen wäre, und sich zuweilen ein Vergnügen daraus machte mit ihm zu spielen, wie die Kinder mit Mätkern, oder sie in Kabinetten aufpfeiste wie Schmetterlinge, so würde es wohl am Ende ausgerottet werden, zumal wenn es nicht an Geisteskräften dem Menschen sehr weit überlegen wäre. Es würde ihm unmöglich sein, sich gegen die Menschen zu halten; es müßte ihn denn verhindern, seine Kräfte im mindesten zu üben. Ein solches Tier ist aber wirklich der Despotismus, und doch hält er sich noch an so vielen Orten. Bei der Geschichte des Tieres muß aber auch angenommen werden, daß es den Menschen nicht wohl entbehren kann.« (Georg Christoph Lichtenberg.)

Heimat mit Erlaubnischein

Das Dritte Reich reglementiert alles. Rasse, Blut, Boden und Volksbräuche! Das »Brauchtum« wird eingereiht in Aktenfasziken und Jodeln darf einer im Lande der Bürokratiendiktatur nur noch mit amtlichen Erlaubnischein. Der Präsident der Reichstheaterkammer hat jetzt gemeinsam mit dem Präsidenten der Reichsmusikkammer eine Anordnung »betreffend die bayrischen Volksbräuche« veröffentlicht. Im Berliner »Theater-Tageblatt« kann man sie nachblättern. Sie lesen sich wie eine Parodie und sind doch ganz ernst gemeint. Der Ukas wendet sich gegen das »Treiben von Unbefugten«, die sich das Beiwort »bayrisch« zulegen, ohne bodenmäßig dazu genügend legitimiert zu sein.

Personen, die bayrische Volksmusik, Volkslänze, Sitten und Gebräuche bei Veranstaltungen, die für den allgemeinen Besuch bestimmt sind, darbieten, müssen im Besitz einer Zulassungsurkunde sein... dem Gesuch wird nur stattgegeben, wenn der Antragsteller die... erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung besitzt...«

Eine neuartige Definition. Nicht das Land deiner Geburt, sondern die Nummer deines Parteibuches ist deine Heimat. Nur eine politisch zuverlässige Kreatur, die pogromgeehrt und arbeitsermordtrainiert bei Streicher und Göring gleich gut angeschrieben ist, darf sich hinfür Bayer, Thüringer oder Preuße nennen.

Für die anderen, die mit Charakter und Meinung, mit Menschlichkeit und ethischen Überlegungen schwer belasteten, hat man annehmend einen geographischen Sammel-titel erfunden: Untermenschenland!

P—e.

Der Unstern

Aus der »Nationalsozialistischen Landpost.«

»Ueber den Spielplan einiger Berliner Theater wartet ein Unstern. Gute Schauspielkräfte werden an unmöglichen Stellen vertan. Es mangelt den Privattheatern immer noch an der Sicherheit der weltanschaulichen Einordnung und an der zuverlässigen Dramaturgie nach kulturpolitischen Gesichtspunkten...«

Der Unstern, den man hier bejammert, ist das Hakenkreuz, gegen dessen »Verblüdungsdynamik« kommt ein noch »eingedeckter« und zuverlässiger Dramaturg nicht auf.

Aufbruch der Uniformen

Das Amt für Berufserziehung der Deutschen Arbeitsfront hat die Umschulungsaktion zur Heranbildung tüchtiger Uniformschneider, die zunächst in fünf deutschen Städten begonnen wurde, auf 25 weitere Städte ausgedehnt.

Musik

Generalfeldmarschall von Mackensen in einer Rede in Stuhlweissenburg:

»Für mich war der Durchbruch von Przemysl der letzte Tag, wo Kriegsführen noch Musik war.«

Marschenarten der anderen — eine Musik! Wirklich originelle Töne!

Bücher der Zeit

Im Vorwort seines neuen Buches »In der Zwischenzeit« (Albert de Lange, Amsterdam) spricht Alfred Polgar von der Not des deutschen Schriftstellers, der sein Wort überflüssig und ohnmächtig fühlt in einer Zeit, »deren grausige Musik jeden ihr unterlegten Text verschlingt« und den Wert des Erdrückten mindert. Das trifft zweifellos für die gesamte literarische Produktion Hitlerdeutschlands zu, insofern sie an der Zeit und der Wahrheit vorbei reden muß, es gilt vielleicht auch für manche in aktuellem Drang und materieller Not allzu flüchtig hingehauene Bücher der Emigration. Polgars Skizzen und Betrachtungen indessen werden den anspruchsvolleren Leser immer wieder interessieren, weil es wenige so verstehen wie er, im scheinbar Kleinen das Große zu spiegeln, im Vergänglichen das Ewige. Er ist ein Meister der Kunst, scheinbar Harmonisches in seine Widersprüche aufzulösen, und in seiner geistvollen Ironie steckt mehr Ernst als im vollendeten Pathos anderer. Er steht über den Dingen, die er betrachtet. Das ist seine Stärke und manchmal seine Schwäche — auch in diesem witzigen, bunten Buch der neuen »Vorkriegszeit«.

Einen Frauenroman könnte man den stattlichen Band nennen, den Hermynia zur Mühlen im Humanitas-Verlag, Zürich, herausgibt. Er spielt in der Welt des österreichischen Adels und heißt »Ein Jahr im Schatten«. In diesem Schatten lebt eine kultivierte Frau, die von ihrem Mann verlassen wurde und auf sein Rückkehr wartet.

Moses Heß, sozialistischer Apostel

»Die deutschen Sozialisten wissen alles! Aber sie können nicht handeln. Sie verstehen aufs vorzüglichste die Kunst, den Körper unserer Gesellschaft zu sezieren, ihre Oekonomie zu entwickeln und ihre Krankheit darzulegen. Aber sie sind zu materialistisch, um den Schwung zu besitzen, der elektrisiert, der das Volk hinreißt. Sie haben den nebelhaften Standpunkt der deutschen Philosophie mit dem engen und kleinkleinigen Standpunkt der englischen Oekonomie vertauscht. Seit ich weiß, was ich will, habe ich auch eine größere Vorliebe für Goethe und Heine als für Schiller und Börne; aber weil ich auch will, was ich weiß, bin ich mehr Apostel als Philosoph.«

Moses Heß (1851).

Dieses Zitat mutet uns seltsam modern an. Es könnte von einem der zahlreichen Kritiker geschrieben sein, die die tiefen Ursachen der Machtverschiebung vor 1933 vor das Forum der Geschichte ziehen. Der allzu betonte »Materialismus«, die Stärke in der Analyse der Oekonomie, zuviel Philosophen, zu wenig elektrisierende Apostel: Alles das hat man in den vergangenen Jahren der deutschen Sozialdemokratie unzählige Male vorgehalten. Nichtsdestoweniger stammt jedoch dieser Satz von einem Manne, der vor sechzig Jahren in der Familiengruft auf dem alten jüdischen Friedhof zu Köln-Deutz beigesetzt wurde, von Moses Heß, den meisten deutschen Sozialisten und Menschen-Erlöser, den Freund und den Widersacher von Karl Marx und Friedrich Engels, dessen Gestalt aus dem Werden der modernen Arbeiterbewegung und des Sozialismus nicht fortzu-denken ist.

»Kommunisten-Rabbi« hat ihn einmal spöttelnd der Junghegellener Arnold Ruge genannt. Moses Heß, 1812 als Kaufmannssohn in Bonn geboren, Wanderer von Rousseau zu Spinoza bis zu Marx in bewegten Jahrzehnten, hat viele dergleichen Bezeichnungen ertragen, ohne an seiner Menschengläubigkeit jemals irre zu werden. Man kann ihn nicht verstehen, wenn man nicht von seiner betont jüdischen Abkunft ausgeht. In seinem ganzen Leben und in allen seinen Schriften standen sich Judentum und Sozialismus in seltsamen Thesen und Antithesen gegenüber. Eduard Bernstein, der immer sehr warmherzig für Heß eingetreten ist, attestierte ihm, daß er die theoretische Leistung von Marx besser gewürdigt habe als irgendeiner der sozialistischen Gegner und wahrscheinlich auch mit größerer Sachkunde als die größere Mehrzahl der sozialistischen Freunde von Karl Marx. Aber auch die Zionisten erblicken in ihm einen ihrer großen Pioniere, der von seinem Frühwerke »Rom und Jerusalem« an für die Wiedergewinnung des jüdischen Vaterlandes durch den Freiheitskampf der Juden eingetreten ist. Wäre Moses Heß eben nicht Jude gewesen: wer weiß, ob nicht auch die modernen Rassepropheten sich auf ihn berufen hätten! Es gibt in seinen Schriften zahlreiche Stellen, worin er die Bedeutung der Nation, repräsentiert durch eine bestimmte

Rasse, als eine Dominante der Geschichte betonte. Er sah in den sozialen Lebensrichtungen und in den geistigen Lebensanschauungen typische und ursprüngliche Rasse-schöpfungen, wobei er immer wieder auf seine patriarchalischen Stammväter verwies.

Der Lebensweg von Moses Heß reichte vom Vormärz bis zur kapitalistischen Hochblüte Europas. Es hat darin viele Wandlungen und Verwandlungen gegeben. Die Linie einer klaren geistigen Entwicklung wie etwa bei Marx ist bei ihm schwer zu ziehen. Bereits zu Beginn der vierziger Jahre sah er die sozialen Kontraste und die damit verbundenen gesellschaftlichen Umgestaltungen beinahe noch deutlicher als Marx, der als Chefredakteur der »Rheinischen Zeitung« noch im Kreise des politischen Radikalismus der Junghegellener stand. In den ersten Bänden der »Rheinischen Zeitung« von 1842 findet man Artikel und Berichte von Moses Heß mit stark kommunistischer Tendenz, — in dem Sinne, was man damals unter Kommunismus verstand. Später wurde Heß Pariser Korrespondent des Blattes, nach dem Verbot der »Rheinischen Zeitung« Vertreter der »Kölnischen Zeitung« in Paris. 1845 gab er mit Friedrich Engels bis zum Verbot 14½ Jahre lang den »Gesellschafts-Spiegel« in Eberfeld heraus, eine Fundgrube zur Erkenntnis des sozialistischen Werdens. Dann ist er in Brüssel Vorsitzender des Deutschen Arbeiter-Bildungsvereins, schon ganz in Abhängigkeit von Marx, der zu dieser Zeit das Kommunistische Manifest zu entwerfen begann.

Aber Moses war ein versöhnlicher Menschenfreund mit ethisch-sozial-revolutionärer Grundhaltung. Der Sozialismus war für ihn eine Missionsidee. Er predigte die »Philosophie der Tat« und bezeichnete seine Anschauungen als den »Wahren Sozialismus«. Dafür verspottete ihn, ohne ihn zu nennen, Marx im Kommunistischen Manifest. Erkenntnistätig und persönlich wuchs die Kluft zwischen den beiden so verschiedenartig veranlagten, ihre sozialistischen Erkenntnisse so grundlegend anders motivierenden Männern. In Paris wurde Heß 1848 Präsident des »Deutschen Arbeitervereins«. Nach seiner Ausweisung arbeitete er in Genf, 1852 trieb ihn ein Steckbrief nach Lüttich, dann nach Holland, wieder nach Paris. Mehrere Schriften erschienen in diesen Jahren. Er verkündet eine Art von sozialistischem Monismus: eine Verknüpfung des kosmischen, organischen und sozialen Lebens im humanistischen Endziel. Immer wieder wies er zugleich dem jüdischen Volke die Aufgabe zu, durch seine eigene Befreiung an der Menschheitsbefreiung mitzuwirken.

1863 ist er in Köln Bevollmächtigter des Lassalle'schen Arbeitervereins. Er wirkt öffentlich für das allgemeine und direkte Wahlrecht, für Produktiv-Assoziationen und schreibt Propagandabroschüren, die Lassalle benützt. Aber dann resigniert er wieder und

kehrt nach Paris zurück. Er hält das deutsche Proletariat im Gegensatz zum westlichen, für unfähig, irgendeine politische Entscheidung durchzusetzen. »Ich kann mir keine Illusionen mehr machen.« Er predigt erneut kosmische Ideen und will die Weltharmonie in der sozialen Sphäre zur Gründung des wahren Gottesreiches verwirklichen. Aber dann ist er 1870 wieder für kurze Zeit in der Realpolitik. Er nimmt bei Ausbruch des Krieges scharf gegen Deutschland Stellung. Als Bebel, Liebknecht und Hepner 1872 in Leipzig unter Hochverratsanklage stehen, da verteidigen sie sich unter Berufung auf eine Studie von Moses Heß über das Wesen der sozialen Revolution, die 1870 im »Volksstaat« erschienen war. Mit Marx versöhnt er sich vollends: »Was Darwin für die Oekonomie der Natur, hat Marx für die soziale Oekonomie wissenschaftlich konstatiert. Es ist das große Verdienst der beiden Forscher, in Natur und Geschichte das Gesetz der fortschreitenden Entwicklung entdeckt und dasselbe auf den Kampf um die Existenz zurückgeführt haben.« Nun verwarf er, ganz im Gegensatz zu seiner eigenen Frühzeit alle Versuche gewalttätiger Wirtschaftsänderungen als wirkungslose Utopisterei.

Aber nun hat Heß die Sechzig überschritten. Er versteckt sich erneut hinter seine Studien, die ihm zukunftsgrüßlichen Trost spenden. Die Einheit der Welt, des sozialen Daseins: In allem ist Gott. Heß beschließt sein Leben in Paris als Spinozist. Auf seinem Altersbilde sieht man den von weißen Locken umwehten Kopf mit den visionär in die erträumte Ferne blickenden Augen. Er hat noch einige Schriften hinterlassen. Seine Frau gab sie im Selbstverlage heraus. Heß ist so arm gestorben wie er immer gelebt hatte. Er gehört nicht zu den Großen in der Geschichte des Sozialismus, aber er war einer der Türmer, die ihre Kraft und ihr Leben für die humanitäre Neuordnung der menschlichen Gesellschaft haben, immer stärker im Lieben als im Hassen.

Der Leichenzug vom April 1875 in Paris, der seine sterblichen Ueberreste zum Zuge nach Köln brachte, wurde von Revolutionären begleitet, die dem Sozialisten, Juden und Ethiker Moses Heß Worte der Treue und der Dankbarkeit nachriefen. Paul Kersten schrieb am 28. April 1875 im Leipziger »Volksstaat«: »Er wirkte für das Volk und wurde verfolgt. Weil er der Schlange der Niedertracht, der Verdummung, der Unterdrückung den Kopf zu zertreten bemüht war, mußte er ruhelos flüchten von Land zu Land und er ist gestorben in fremder Erde. Deine Schriften, Dein Handeln sichern Dir ein ewiges Gedächtnis. Du Sohn und Kommentator der Revolution. Kein Schwert legen wir Dir auf den Sarg. Nein, nur die Blumen der Natur, aus welcher Du geschöpft und uns getränkt, an welche Du allein geglaubt und der wir jetzt zurückgeben, was von Dir sterblich ist.«

Andreas Howald.

Ein seltener idealer Fall, diese verarmte Gräfin: leidend mit allen leidenden Menschen, großherzig und in ihrem sozialen Empfinden das Abbild der sozialistischen Dichterin. Menschen und Milieu sind flott gezeichnet, der Ausbruch des Dritten Reiches mit seiner Barbarei ragt drohend herein, flirbt das Buch aktuell und verbindet das Schicksal der Hauptfigur mit der Not aller freibürgerlichen Menschen. Ein Buch der Güte: Macht den Menschen das Dasein menschlich und sie sind es...«

Einen großen Stoff behandelt Alfred Döblin in seinem neuen Werke »Pardon wird nicht gegeben« (Querido-Verlag). Die Geschichte eines entwurzelten Bauernsohnes, der in der Großstadt unter den Einfluß eines revolutionär-anarchistischen Freundes gerät, durch die Mutter ins Bürgerliche zurückgerissen wird, zum Industriellen emporsteigt, in schwere Krisen jeder Art gerät, in jeder Beziehung bankrott macht und zum Schluß wieder in die revolutionäre Gärung seiner Jugend zurückgeschleudert wird. Er fällt bei einem Streikaufruf.

Der Roman nimmt Anlauf zur großen Gesellschaftskritik, leuchtet die Brüchigkeit kapitalistischer Wildwirtschaft, den Verfall der bürgerlichen Ehe und Familie ab, er kommt jedoch über den Anlauf zum großen Zeitgemälde nicht hinaus. Die Milieuzzeichnung schwankt unbestimmt zwischen Vor- und Nachkriegszeit, die anarchistischen Revolutionäre sind romantisch überblüht, Bedeutung und Kampf der »Organisierten« gegen die Indifferenz sind überhaupt nicht gesehen. Ein breites Bespiegeln vieler Erscheinungen.

Manche Gestalt hebt sich plastisch heraus, aber der große Zusammenklang bleibt aus, der mächtige Stoff zersplittert.

Am 23. Dezember 1932 wurde im Deutschen Theater zu Berlin ein historisches Drama von Julius Hay aufgeführt: Gott, Kaiser und Bauer. Die Frommen und die Völkischen sorgten für einen Theaterkrawall, denn das Stück war revolutionär, wandte sich gegen die kirchlichen wie die weltlichen Machthaber, gegen Herrtentum und Machiavellismus, verspottete die Kirche und betonte die übernationale Verbundenheit der Unterdrückten aller Länder. Nach einer Woche schon — der Reichstagsbrand warf seine Schatten voraus — wurde es gewaltsam abgesetzt. Das Schauspiel ist jetzt im Verlag Oprecht u. Helbing, Zürich, erschienen. Ein hinreißendes Schauspiel der großen Form, nannte es Herbert Ihering, der es heute als marxistisches Machwerk verfluchen müßte. Die Kirche aber würde heute in Deutschland sonst was drum geben, wenn gegen sie nur Stücke aufstünden, die so wie dieses bei der historischen Wahrheit blieben und wenigstens den Wert der reinen Lehre Christi gelten ließen. B. Br.

Krippe und Rasse

Kampf um Sinekuren

Der Asphaltliterat Will Vesper legt in seiner Zeitschrift wieder einmal gegen einige teils jüdische, teils angeblich jüden-gemessene deutsche Verlage los: S. Fischer, Cassirer, Rowohlt, Zsolnay. Ebenso gegen die Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, der das Malheur

passierte, daß sie ein Buch von Friedrich Wolf »Die Natur als Arzt und Helfer« (1932) unter die Leute zu bringen suchte. Das Buch ist zwar unverboden, aber Wolf ist Marxist. Auch fiel Will Vesper plötzlich ein, daß früher mal in dem Verlag einige Bücher von Kästner erschienen sind. Pointe:

»Und darum sind wir nicht der Ansicht, daß ein so einflußreicher Verlag länger unter einer Leitung bleiben darf, die bis 1933, bis zur letzten Möglichkeit, die Macht des Verlages für die kulturbolschewistischen Werke von Kästner, Wolf usw. einsetzte, und die auch heute noch, wo sie sich un-beobachtet glaubt, das gleiche Gift verbreiten läßt. An die Spitze der deutschen Verlagshäuser gehören die saubersten und zuverlässigsten Männer unseres Volkes, nicht Schrittmacher und Freunde der Kulturbolschewisten von gestern und heute.«

In der Deutschen Verlagsanstalt erscheint nämlich die von früher her angesehene Zeitschrift »Die Literatur«, das ausgesprochene Konkurrenzblatt von Vespers Zeitschrift... Wie gut auch dieser braune Kulturwart sein Geschäft versteht, zeigt eine Notiz in den Dresdner Nachrichten:

»Die Stadt Meissen (Sachsen) hat dem Dichter Will Vesper, der seit mehr als 15 Jahren mit seiner Familie in der Stadt seinen Wohnsitz hat, eines der schmucken Weinbergshäuschen in den Städtischen Weinbergen auf Lebenszeit als freie Wohnung zur Verfügung gestellt.«

So erpressen sich diese Hitlerschen Hof-schreiber, die im freien Wettbewerb der Demokratie klein und bescheiden blieben, ihre Sinekuren.

Der rasende Urahn

Innerhalb der braunen Konkurrenz tobt der Kampf um die Ahnen. Je länger und

Wer wird begnadigt?

Nur an wenigen Tagen geht die Sonne über Deutschland auf, ohne daß ihre ersten Strahlen sich im Beil des Henkers spiegeln. Es wird geköpft, geköpft, geköpft — gnadenlos und wahllos.

Vor einigen Wochen allerdings wurde zum ersten Male ein Gnadenakt des Führers bekannt. Während sonst, selbst auf Indizienbeweise hin, vor allem aber politischer Vergehen wegen unerbittlich hingerichtet wird, verwandelte Adolf Hitler in diesem einen Falle die Todes- in eine fünfzehnjährige Zuchthausstrafe. Der Begnadigte hatte — eine Frau ermordet.

Inzwischen ist ein Monat vergangen. Es wurde weiter geköpft. Frauen, junge Bur-schen und alte Männer starben unterm Beil, die Mauern der deutschen Gefängnisse sahen furchtbare Schreckenenszenen.

Jetzt aber berichten die reichsdeutschen Blätter über einen zweiten Fall, der vor des Kanzlers Augen milde Gnade fand. Und wieder ist es der Mord an einer Frau, für den die Todesstrafe dem Führer zu hart erschien. Die Meldung lautet:

Der Führer und Reichskanzler hat die vom Schwurgericht in Aurich gegen den 21jährigen Eppo Tammen wegen Mordes erkannte Todesstrafe im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Tammen hatte die 26jährige Haus-tochter Gerda Klingenberg, die von ihm ein Kind erwartete, ermordet.

In der Begründung heißt es, der Mörder habe die Tat aus einer durch die Getötete herbeigeführten seelischen Bedrängnis her-aus begangen.

Man liest, aber man begreift nicht ganz. Wie denn — ein Kerl bringt seine Geliebte um, weil sie von ihm ein Kind erwartet, und die Schuld wird der Ermordeten zugespro-chen? Wie denn — ein junger Mensch, der eine werdende Mutter erschlägt, soll weniger schuldig und weniger strafwürdig sein, als ein Gleichaltriger, der seiner politischen Ueberzeugung getreu, den neudeutschen Des-potenstaat bekämpft? Und Gleichaltrige, die solches taten, sind in großer Zahl hin-gerichtet, ermordet, zu Tode gepeinigt wor-den. Warum finden gerade die Frauenmörder Gnade? Denn es kann doch kein Zufall sein, daß die einzigen Begnadigungen, die bisher bekannt wurden, das gleiche Vergehen betreffen, daß gerade hier Milde walte, wäh-rend die übrigen Gnadengewuche eines nach dem anderen verworfen werden?

Es ist kein Zufall. Der Muttertag wurde mit viel Tamtam und vielen großen Worten gefeiert. Aber die wahre Gesinnung der deutschen Führerschaft ist aus den bei-den Gnadenakten weit besser erkenntlich. Vernichtung der Frau, Abscheu, ja Feind-seligkeit äußern sich darin. Und man spürt: die krankhafte, irregeleitete, verdorbene und entartete Sadiensexualität ist mit den Mor-den des 30. Juni nicht ausgerottet worden. Sie feiert noch immer Triumph und findet sogar ihren Ausdruck in — der Rechtspre-chung.

blubhafter die Ahnenreihe, desto zuver-lässiger das germanische Erberinnern. In der Literatur wird der Kampf der Autoren von dem der Ugroßvater weitergeführt, die noch im Grabe für die Qualität des Enkels zeugen müssen. Dem Schwindel sind tausende Jahre rückwärts keinerlei Grenzen gezogen. Ab und zu stöhnt einer auf, dessen Urväter von denen anderer Kollegen »nachweisbar« um einige Jahrhunderte überrundet werden. Unter die Ueberschrift »Ahnenreihe« macht der Reichs-dichterführer und Großverdiener Friedrich Blunk seinem geprellten Herzen in der Kö-lnischen Volkszeitung Luft und erzählt von einem jungen Freund, »der gewöhnt ist, lange Ahnenreihen aufzustellen« und sich »über Ahnenlinie und Abstammung breit ereifert«.

Was sind tausend Jahre? — fragt Blunk mit umflorter Feder. Ich, Blunk, entstamme einer Landschaft, die in ihren Hüengraben noch ältere Urväter birgt. »Wenn aber man schon die Ahnen vor tausend Jahren ehrt, warum nicht die vor fünf-tausend?« Da-bei spürt der Mann gar nicht, welche grotesken Bild der neuen Schmerzen Gangsteriens er in diesem Feuilleton entrollt, und es bleibe nur die logische Frage: Warum denn bei 5000 Jahren Halt machen, warum nicht zurück zum Neandertaler oder zum Affen? Dort hören die Konkurrenzmanöver neidischer Kollegen endgültig auf; Blunk läuft dabei höchstens Gefahr, feststellen zu müssen, daß wir alle dasselbe Urblut in den Adern haben wie die »minderwertigen« Orient- und Mittel-meer-Rassen.

Trauer und Skandinavien

In gleichgeschalteten Blättern berichtet der »Geschäftsführer des Sachsen-Kontors der

Dem Protokoll über die Verhandlungen der Berliner Medizinischen Gesellschaft über ihre Februarsitzung, die sich mit der Sterilisa-tionspraxis des Dritten Reiches ausführlich beschäftigte, entnehmen wir noch folgende Aufzeichnung eines Disputes unter braunen Medizinern.

»Bessau: Als Kinderarzt möchte ich die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß in dem Sterilisationsgesetz die besonderen Belange des Kindes nicht genügend berück-sichtigt worden sind. Dem Gesetz würde mancher seiner Härten genommen werden können, wenn auf die Mel-dungen kleiner Kinder (!) ver-zichtet werden würde. Warum gerade diese Meldungen unpopulär sind, bedarf keiner näheren Begründung. Ein Verzicht würde meines Erachtens unbedenklich sein, weil alle Kinder generellen Durchprüfungen unterzogen werden anlässlich der Impfun-gen, Schuluntersuchungen usw.) und bei diesen Gelegenheiten die notwendigen Erhe-

bungen gemacht werden können. Wenn der Gesetzgeber auf die Meldungen von Kin-dern nicht verzichten zu können glaubt, sollte dem meldenden Arzt die Gewähr ge-gaben werden, daß die Eltern nicht vorzeitig beunruhigt werden und die behördlichen Nachforschungen nicht vor dem Alter vorgenommen werden, in dem die Sterilisationsfrage akut wird.

Linden: Ich bemerke zu den Ausführun-gen Bessaus, daß nach den Vorschriften des Gesetzes auch erkrankte, unter zehn Jahre alte Kinder den Kreisärzten gemeldet wer-den müssen. Es ist selbstverständlich nicht notwendig, daß die Kreisärzte hin-sichtlich des gemeldeten Kindes etwas ver-anlassen, bevor das Kind an die für die freiwillige Sterilisation festgesetzte Alters-grenze herangekommen ist. Notwendig ist es aber, sich zu vergewissern, ob in der Fa-milie des gemeldeten Kindes nicht in ge-schlechtsreifem Alter befindliche Erb-krankte vorhanden sind. Aus letzterem Grunde kann von der Meldepflicht für Kinder nicht abgesehen werden.«

Der Sinn dieses fachärztlichen Disputes ist ganz klar. Fest steht, daß die Manie, mit der sich die gleichgeschaltete Medizin mit der devoten Gosinnung von Lakaien auf die abstrusen Aporismen des »Führers« zum Rassebegriff und zu den Möglichkeiten seiner »Veredelung« geworfen hat, in ihrem Ueber-eifer selbst vor dem Heiligsten nicht Halt macht, das der Mensch kennen sollte: dem Verhältnis von Mutter und Kind. Mit dem Gespenst einer Operation, über deren letztes insbesondere und typisches Ergebnis sich noch gar nicht — mindestens nichts gutes — sagen läßt, muß die Mutter schon ihr unmün-diges, an sich schon krankes Kind aufschrek-ken lassen. Sie hat in der jahrelangen Gewiß-heit zu leben, daß der Staat in vollendeter Grausamkeit einmal sein angebliches Recht sich mit dem Messer an ihm nehmen wird.

Brauner Materialismus

Das braune System gibt sich so idealistisch, als wolle es vor Idealen platzen. Der Marxis-mus wird mit »Materialismus« gleichgesetzt, wobei der philosophische mit dem historischen in einen Topf geworfen wird. In Wirklichkeit gibt es keine soziale Richtung in der Gegen-wart, die das Leben materialistischer auffaßt als das braune System. Das ist auch auf dem Gebiet von Liebe und Ehe zu beobachten. Die moderne Entwicklung hat aus der Sexua-lität die Liebe gemacht, die als solche höchst-persönlich ist und im Menschen die wertvoll-sten Seiten entwickeln hilft. Indem der Mensch immer mehr Persönlichkeit wurde, begnügte er sich nicht mehr damit, mit irgendeinem Men-schen zusammen zu sein, sondern suchte er einen ganz bestimmten Menschen, der seinem Wesen und seiner Sehnsucht entsprach. Der »materialistische« Marxismus hat darin den höchsten Ausdruck der Entwicklung gesehen. Das braune System hat keinen Respekt vor diesen Resultaten menschlicher Kultur, wie ihm kaum etwas anderes Ehrfurcht abringen kann als die Macht an sich. Er macht eine Ehepolitik, die nur Mittel seiner Machtsiche-rung ist. »Marsch ins Ehebett« sagt Mussolini und »300.000 Ehen sind nachzuho-len« stellt die Preußische Zeitung fest, als seien die intimsten menschlichen Beziehungen irgendwelche materiellen Produkte, die ter-minmäßig herzustellen sind. Aus solchen Er-wägungen spricht eine ekelhafte Kulturlosig-keit. Aber wie wird sie erst gesteigert, wenn zwei sich liebende Menschen von so verkom-menen Subjekten wie Streicher eines ist, ge-waltsam auseinandergerissen werden, weil die Liebe stärker ist als die Rasse, der materialis-tische Faschismus es aber anders haben will. Hat doch soeben erst wieder, wie der »Stir-mer« triumphierend verkündet, der 26 Jahre alte Alfred Ruben aus Karlsruhe erleben müs-sen, daß ihn die Polizei in Schutzhaft nahm,

weil er als Jude ein arisches Mädchen liebt. Nicht genug damit: die taktlosen Lumpen haben Name und Adresse des Mädchens im »Stürmer« veröffentlicht, schließlich wurde das arme Mädchen in ein Zufluchtsheim ge-bracht und ihre Mutter obendrein festgenom-men und in das Gefängnis eingeliefert, da sie sich angeblich der Kuppelerei schuldig gemacht hat, weil sie die beiden jungen Menschen in ihrem Hause duldet.

Wer jemals im Leben ein wirkliches Lie-beverhältnis gehabt hat und fähig ist, sich in diese jungen Menschen einzufühlen, der kann hier die unmenschliche Unge-heuerlichkeit dessen ahnen, was sich als die »nationale Erneuerung Deutschlands« aus-gibt. Materialistischer und seelenloser kann man das Geschlechtsleben einfach nicht auf-fassen. Selbst die Schweine dürfen hier mehr Kultur haben als dieses dekadente Gesindel, das einer Lebensäußerung wie die Liebe ist, einfach nicht fähig ist. Es ist ein unbe-schreiblicher Jammer, daß die Sprache, die so wunderbare Hymnen auf die individuelle Liebesbeziehung kennt, in so furchtbarer Weise zum totalen Gegenteil ihrer selbst gemacht wer-den kann.

Ingenieur Franz Wolf

Eine zwangsläufige Folge der Diktatur ist die Knechtseligkeit, das rückgratlose Krie-cherturn. Es gibt viele, die mit den stärkeren Bataillonen gehen, es gibt viele, die stets mit den Wölfen heulen.

Um so höher ist die Charakterfestigkeit, die menschliche Stärke jener einzuschätzen, die, allem Terror zum Trotz, sich selbst und ihrer Ueberzeugung treu bleiben.

In Nürnberg lebt der Ingenieur Franz Wolf. Ein Mann, der sich, obwohl nie poli-tisch organisiert, stets als entschiedener Re-publikaner bezeichnete. Die Diktatur der

Barbaren kam, er stellte sich nicht um. An-fangs ließ man Wolf ungeschoren. Dann kam eines Tages der nationalsozialistische Block-wart und sagte, es sei unangenehm aufgefal-len, daß er sich durch demonstratives Nicht-flaggen bei allen gebotenen Anlässen selbst aus der Volksgemeinschaft ausschließe. Ob er, der Blockwart, ihm gleich eine Fahne des neuen Staates verkaufen könne?...

Ingenieur Wolf winkte kurz ab. »Das Flaggen«, so sagte er dem Blockwart, »würde in meinem Fall völlig sinnlos sein. Ich bin kein Nationalsozialist und werde keiner wer-den!«

Der Blockwart ging. Aber eine Woche später warf man Wolf die Scheiben ein, be-lästigte und beschimpfte ihn auf der Straße. Beschmierte seine Wohnungstür mit unflät-igen Schmähungen.

Und dann kam wieder ein Beauftragter der Partei und bot ihm konkurrenzlos billig eine prima Parteifähne an. Ganz freund-schaftlich, gleichsam nichtsahnend...

Der Ingenieur war nicht müde gewor-den und lehnte sehr bestimmt ab. Nicht ohne Hinweis auf seine frühere Erklärung.

Einige Zeit später überfiel ihn des Nachts auf dem Nachhauseweg ein Trupp junger Leute und mißhandelte ihn schwer. Die Täter verschwanden nach vollbrachter Untat schleunigst im Dunkel der Nacht; kein einziger konnte je ermittelt werden.

Trotzdem zeigte Wolf auch beim nächsten Flagge-Befehl keine Hakenkreuzfahne. Jetzt wurde der Tapfere in Schutzhaft ge-nommen, weil er, wie amtlicherseits mitge-teilt wird, »beharrlich seine Mißbil-ligung des nationalsozialistischen Regimes dadurch zum Ausdruck brachte, daß er keine Flaggen herausging.«

Das ist das Schicksal des Ingenieurs Franz Wolf und aller jener Männer, die das Wort »Deutschland« mit ihren Leiden davor bewahren, in Schmutz und Schandé unterzu-gehen.

Nordischen Gesellschaft« (das gibts auch!) über artfremde Kulturpropaganda im Norden. Gerade in den stammverwandten skandina-vischen Ländern, so klagt er, gerade dort hat die »jüdisch-marxistische Hetze« gegen uns Boden gewonnen und damit das »Werden einer germanischen Kultur« gestört.

»In welchem anderen Volke als dem deutschen haben die Werke des großen Norwegers Henrik Ibsen solche Verbreitung und solchen Einfluß erlangt! Und nicht anders ist es mit großen dänischen Geistern: Andersen Märchen sind uns so lieb gewor-den wie die deutschen Märchen der Brüder Grimm. Björnsen, Sven Hedin, Nas-sen, Kaut Hamsun sind uns in ihrem Werk so wert und nahe wie Menschen unseres Volkes; denn es begegnet uns hier die gleiche geistige Haltung.«

Wir vermissen zwei wichtige Namen: Sig-rid Undsed und Selma Lagerlöf, die schlechthin die zwei bedeutendsten Dichterin-nen nordischer Art sind und deren Bücher in Deutschland gewaltige Massenaufgaben erlieb-ten. Aber sie dürfen dort nicht mehr genannt werden, denn Selma Lagerlöf hat den Ertrag eines Werkes zwecks Unterstützung politi-scher Flüchtlinge zur Verfügung gestellt, und Sigrid Undsed wandte sich erst jüngst wieder in einem Buche scharf gegen Rassen-hetze, Antisemitismus und Wotangeist. Die Werke der beiden großen Nordinnen, die die Geschichte ihrer Völker schilderten, wie keine anderen Federn vor ihnen — sie verschwinden aus den Schaufenstern der deutschen Buch-handlungen. Dafür dürfen diese Sven Hedin auslegen, den Halbjuden, dessen Geist »uns nahe ist«, wie auch das teutonische Sachsen-Kontor meint. Der schwedische Mischling auf Hitlers Freundschaftsliste, die

größten germanischen Dichterinnen gegen die Hitleret — das Hakenkreuz hat Pech in Teuts Urheimat.

Gregor.

Deutsches Finanzlexikon

Anleihe — was nicht zurückgezahlt wird. Anleihe, garantierte — was garantiert nicht zurückgezahlt wird.

Betrag — s. Bilanz.

Bilanz — s. Betrag.

Conversion — Nichtzahlung in Raten.

Defizit — das Unsichtbare.

Devisen — saure Trauben.

Ehrlichkeit — s. Bilanz.

Finanzminister — einer, der seiner Zeit weit voraus ist (die Einnahmen).

Garantie des Staates — zwei Ertrinkende halten sich aneinander.

Gläubiger, ausländischer — komische Figur.

Illiquide — Normalzustand einer Notenbank.

Inflation — »Wer darf das Kind beim Na-men nennen?«

Kapital — Produkt konsequenten Schulden-machens.

Kredit — »Ich besaß doch einst...«

Lombard — Methode, die eigenen Schulden zu beleihen.

Münzen — Scheiben aus minderwertigem Metall.

Notendeckung — des Königs neue Kleider (Märchen von Andersen).

Obligationenrecht — Römisches Rechtsinsti-tut, ungermanisch.

Parität der Mark — o, rühret, rühret nicht daran!

Publikum — die Hineingefallenen.

Quartal — s. Termin.

Rate — womit man rückständig ist.

Raub — unzarte Bezeichnung nationaler Finanzmethoden.

Sanierung — Verwandlung von Schulden in Anleihen.

Schacht — lotrecht nach unten führend.

Sparkassenpolitik — s. Raub.

Statistik — modernes Färbemittel.

Termin — Zeitpunkt, zu dem nicht gezahlt wird.

Unanständig — der Glückiger, der sein Geld fordert.

Versprechen — gleich »sich versprechen«.

Wechsel — geduldiges Reittier.

Wechsel (Arbeitsbeschaffungs-) — schnell sich vermehrendes Ungeziefer.

Zinsen — schlägt man zum Kapital, s. u. »Anleihe«.

Zusammenbruch — Schluß dieses Lexikons.

Mucki.

Engel oder Frontsoldat

In einem Aufsatz des Führerorgans der nationalsozialistischen Jugend — »Wille und Macht« — heißt es:

»Es kommt vor, daß die katholische Bevölkerung in dem Aberglauben lebt, jedes gestorbene kleine Kind sei ein Engel. Diese religiöse Einstellung führt notwen-digerweise dazu, daß ein toter Säugling als Engel mehr geschätzt wird, als ein gefallener Frontsoldat.«

Die Jugendjournalisten scheinen der Auf-fassung zu huldigen, daß ein Deutscher ent-weder als Säugling oder als Frontsoldat ster-ben müsse. Und wenn das Dritte Reich noch lange bestehen bleibt, werden sie wohl recht behalten.

Wie sie in der Sozialpolitik wüten

Das Ehrenbrett

für Betriebsführer

In der Presse der Arbeitsfront häufen sich in letzter Zeit anonyme Briefe der »gewerbmäßigen Meckerer«, die angesichts ihrer großen Zahl bereits in Aufsätzen generell beantwortet werden. So schreibt der »Grundstein«: »Eine Leistung aber wäre es gewesen, wenn diese denkenden Bauarbeiter sich einmal der Mühe unterzogen hätten, warum die Löhne auf den Baustellen so niedrig sein müssen...« Gegen einen anderen Meckerer heißt es: »Wer das Handwerk und den Hausbesitz mit einer Partei verwechselt, der ist zu alt, um unsere Zeit zu verstehen...«

Um diesem Unfug gründlich zu steuern, soll die Kritikerei in der Zeitschrift überhaupt abgeschafft und statt dessen die Belobigung der sozialen Betriebsführer eingeführt werden. In einem solchen veröffentlichten Aufruf heißt es:

»Was wir nicht mehr hören wollen, sind jene netten Ueberschriften »Unsozialer Betriebsführer am Pranger«, »Leuteschinder vor dem Ehrengericht« usw.«

Künftig sind alle Berichte vom Betriebsleiter der DAF zu unterzeichnen. Um künftig die »positive Seite« der neuen Volksgemeinschaft zu betonen, muß »sein von glühendem Ehrgeiz der Betriebsführer befeuerter« edler Wettstreit einsetzen.

»Um diesem Wettstreit einen entsprechenden Ansporn zu geben, hat sich der »Grundstein« entschlossen, ein besonderes

»Ehrenbrett des Betriebsführers«

einzurichten, auf dem alle Betriebsführer vermerkt werden, die sich durch besondere Leistungen ihrer Gefolgschaft gegenüber hervortun.«

Durch solche Gedenktafeln für »Sozialismus der Tat« wird die soziale Frage im Dritten Reich endlich gelöst werden. Der soziale Horizont ist außerdem durch einen Aufruf Ley

»Der Weg zum gerechten Lohn«

hell erleuchtet worden. Ley sieht zwar ein, daß »das Lohnniveau noch das alte, viel Not und Elend noch in unseren Reihen ist, aber wir freuen uns, den Lebenswillen wieder gewonnen zu haben. Ley legt seine »unerschütterliche Verpflichtung in zehn Geboten nieder, deren erstes bereits alles andere besagt; es heißt:

»1. Wir grüßen den Führer am Morgen und danken ihm am Abend dafür, daß er uns Lebenswillen und Lebenshoffen neu geschenkt hat.

Das 9. Gebot lautet:

»Man darf sich niemals auseinander-raufen, sondern immer zusammenraufen.«

Die Entwicklung

der Sozialversicherung

Die Ehrenbretter für die Betriebsführer, die sich an diesem edlen Wettstreit um den gerechten Lohn beteiligen werden, dürften ganze Wälder verbrauchen. Ob sich ein denkender Arbeiter findet, der ein Brett vor dem Kopf haben möchte, ist aber ungewiß.

Da die Begeisterung der Arbeiterschaft für den gerechten Lohn nicht genügend stark eingesetzt hat, glaubte Ley, mit einer umfangreichen Veröffentlichung über die Entwicklung der Sozialversicherung seit Hitlers Machtantritt nachhelfen zu sollen. Als Haupterfolg wird die Sanierung der Invalidenversicherung hingestellt. Die bekannt gewordenen Zahlen zeigen aber nur zu deutlich, daß die finanzielle Bereinigung der JV lediglich durch einen brutalen Abbau der Leistungen erreicht worden ist. Ueber die Relation zwischen den vereinnahmten Beiträgen und den Rentenleistungen mögen folgende Zahlen sprechen:

	Beiträge	Renten	Heilverfahren
1930	986,4	905,8	93,5
1934	843,8	674,5	39,5

Hier ist unschwer zu erkennen, auf wessen Kosten die Ersparnisse in der JV gemacht worden sind. Die Invalidenrentner sind allerdings nicht ganz so schonend behandelt worden, wie die Nazibonzen in der Verwaltung der JV. Die Verwaltungskosten zeigen nach der letzten Veröffentlichung folgende Entwicklung:

1932	30,9 Mill. Mark
1933	29,5 „ „
1934	32,0 „ „

Es geht in den Verwaltungsausgaben schon im zweiten Hitlerjahr wieder munter aufwärts. Bei den Beitragseinnahmen gibt die Verteilung auf die einzelnen Lohnklassen einen Einblick in das deutsche Lohnelend. Im Jahre 1934 verteilen sich die vereinnahmten

Wochenbeiträge folgendermaßen. Von 1000 Wochenbeiträgen entfallen auf:

Lohnklasse	I	II	III	IV	V
	39	240	188	153	114
Lohnklasse	VI	VII	VIII	IX	X
	95	80	91	—	—

Die Eingliederung der Arbeiter in die Beitragsklassen der JV gibt ein Spiegelbild des sog. »Leistungselends«. In den Lohnklassen I und II, das sind Versicherte bis höchstens 12 Mk. Wochenlohn, waren 28 Prozent, in den Klassen I, II, III bis 18 Mk. Wochenlohn 46,7 Prozent oder nahezu die Hälfte der Beschäftigten. In den Beitragsstufen IV und V (Löhne von 18 bis 30 Mk. wöchentlich etwas über ein Viertel der Arbeiter. Die Klasse IV 30 bis 36 Mk., umfaßte noch nicht ein Zehntel, die Klasse VII (über 36 Mk.) etwa ein Sechstel. Es kann nach dieser Statistik des Reichsversicherungsamtes kein Zweifel mehr sein, daß die Neueinstellungen ausschließlich auf Kosten der Löhne vor sich gegangen sind.

Das Vermögen der JV, das im Jahre 1931 noch 1,5 Milliarden betragen hat, war Ende 1934 auf 1,4 Milliarden gesunken. Die Angestelltenversicherung ist infolge der noch kurzen Zeit ihres Bestehens mit Rentenansprüchen weniger in Anspruch genommen und verfügt über das größte Vermögen, nämlich 4,75 Milliarden Mark. Dabei darf, wie es im Bericht heißt, nicht vergessen werden,

»daß große Teile des Vermögens nicht flüssig gemacht werden können, weil sie in Grundstücken und beweglicher Einrichtung angelegt sind, auch sind außerordentliche Abschreibungen, wie sie entsprechend der Lage des Grundstücksmarktes für nötig gehalten werden, nicht vorgenommen.«

Diese Bemerkung soll heißen, daß die Versicherungskapitalien der Angestellten überwiegend in Hypotheken für zahlungsunfähige Junker in Ostelbien und Industrielle weggegeben wurden. Das sog. Anwartschaftsdeckungsverfahren, wie es unter Adolf Hitler für die JV und AV vorgeschrieben worden ist, hat also zur Beitragserhöhung herhalten müssen, während andererseits die Anwartschaften in Wirklichkeit nicht sichergestellt werden,

denn das Versicherungskapital ist durch eine leichtfertige Kreditgewährung an die Großlandwirtschaft festgefroren.

Die finanzielle Lage der gesamten Sozialversicherung wird um so katastrophaler werden, je mehr das Regime dazu übergeht,

Wieder einer betrogen!

Brasilien wehrt sich — Schacht sucht neue Dumme

In die Bucht, die die Meeresufer im Umkreis der Stadt Santos umspült, sind schon viele Millionen Ballen Kaffee versenkt worden, aber das Meer bleibt so unersättlich wie der Kaffee unverkäuflich. Alle Anstrengungen, Ordnung in den Kaffeemarkt zu bringen, versagen, die unverkäuflichen Lager werden immer größer und der Kaffeepreis immer niedriger. Er ist vom März 1934 bis April 1935 in New York von 10½ auf 3 Dollar, also um 70 Prozent gefallen. Schon trägt man sich mit dem Plan, um den Preissturz aufzuhalten, das Meer auf Neue mit einigen Millionen Sack Kaffee zu füttern. Kein Wunder, daß brasilianische Pflanzern nach Wegen suchen, sich von dem verlustreichen Kaffeeanbau abzuwenden oder doch sein allzu großes Risiko durch Anbau anderer auf dem Weltmarkt verwertbarer Erzeugnisse abzuschwächen. Deshalb forciert man seit einiger Zeit in Brasilien die bis dahin stark vernachlässigte Baumwollkultur. In den Vereinigten Staaten ist man bemüht, durch planmäßige Einschränkung der Baumwollproduktion die Preise hochzuhalten. Die Baumwollpolitik, die die amerikanische Regierung zugunsten der Baumwollfarmer treibt, gibt der brasilianischen Baumwolle eine Chance, die ihr bisher wegen ihrer minderwertigen Beschaffenheit nicht beschieden war. Allein im Jahre 1934 ist der Anteil der USA an der Versorgung der Welt mit Baumwolle hauptsächlich zugunsten Brasiliens von 55 auf 45 Prozent gesunken. So seltsam es klingt, es ist, abgesehen von Sonne, Luft und Bewässerung, vor allem die Pleite des Dritten Reiches, die die brasilianische Baumwollkultur hat gedeihen lassen.

Hitlerdeutschland muß seine Rohstoffe dorthin beschaffen, wo man bereit ist, sie anstatt mit Devisen mit Waren bezahlen zu lassen. Daher die Abwendung von der nordamerikanischen zur brasilianischen Baumwolle, obwohl diese wegen ihrer Kurzfasrigkeit jener nicht gleichwertig ist.

kraft der durch Ermächtigung an sich selbst erteilten unbeschränkten Anleihe-Vollmacht den Versicherungsträgern Hunderte von Millionen zur Unterbringung von Reichsanleihen zu entnehmen. So soll jetzt, kaum daß die Sparkassen um 500 Millionen geschröpft worden sind, eine weitere Anleihe von 750 Millionen ausschließlich bei der Sozial- und Privatversicherung untergebracht werden. Die Invaliden- und Angestelltenversicherung hat das Verfügungsrecht über ihre Kapitalien zum Zwecke der Rentengewährung verloren, sie ist nur noch der Bankier des Reiches zur Bestreitung maßloser Rüstungsausgaben.

Vertrauensräte-Schwindel

Die deutsche Arbeiterschaft hat dem Regime bei der Vertrauensrätewahl auf seine Bankrotteurwirtschaft eine Antwort erteilt, die am Ehrenbrett des Deutschen Sozialismus nicht bekanntgegeben wird. Das Gesamtergebnis dieser Wahlen wird jetzt in einer »Übersicht« zusammengefaßt, die von den verschiedenen vorausgegangenen Veröffentlichungen wiederum abweicht. Danach sollen von den 23.000.000 Mitgliedern der DAF nur 7.147 Millionen wahlberechtigt gewesen sein, eine auffallend niedrige Quote.

Von diesen 7,1 Millionen Wahlberechtigten hätten nach dieser Göbbels-Statistik 5,296 Millionen mit Ja gestimmt. Also selbst nach dieser gemachten Statistik haben nicht, wie bekannt gegeben, 84 Prozent, sondern nur etwas über 70 Prozent der Wähler mit Ja gestimmt.

Die deutsche Arbeitsfront bringt eine Anzahl nervöser Abstimmungsbetrachtungen. Um dem Uebel abzuhelfen, ist eine große Schulungsaktion der Vertrauensräte eingeleitet, die neben der weltanschaulichen Erziehung künftig zusätzlich der Erläuterung nationalsozialistischer Sozialpolitik dienen soll. Die NSBO wird auf den ihr zur Verfügung stehenden Schulen monatlich 450 geeignete Parteigenossen schulen, die als Lehrkräfte für die Vertrauensräte zu fungieren haben.

»Das kommende Jahr muß ein weiterer Schritt in der Verwirklichung der wahren Betriebsgemeinschaft sein.«

Der Ley vergißt bei seinen neuesten Schulungsmaßnahmen, daß die deutsche Arbeiterklasse ihre politische und gewerkschaftliche Schulung von gestern nicht vergessen hat.

Noch Mitte 1934 betrug der Anteil der brasilianischen Baumwolle an der deutschen Baumwollversorgung weniger als 1 Prozent. Anfang dieses Jahres lieferte Brasilien bereits ein Viertel, USA nur noch ein Fünftel des deutschen Baumwollverbrauches gegen mehr als 50 Prozent im Jahre 1934 und 70 Prozent 1933. So wurde Brasilien wie Hitlerdeutschland ein unverhofftes Glück zu teil. Dieses konnte seine Baumwollzufuhr ohne Devisen hochhalten, jenes konnte hoffen, sich für seine Verluste beim Kaffeegeschäft einigermaßen durch Gewinne beim Baumwollexport schadlos zu halten. Die beiderseitige Freude war aber nur von kurzer Dauer.

Schacht ist in diesen Tagen durch eine Verfügung der brasilianischen Regierung peinlich überrascht worden, daß Deutschland brasilianische Waren in Zukunft mit Devisen bezahlen muß.

Es besteht seit vorigem Jahre zwar ein deutsch-brasilianisches Abkommen, daß den gegenseitigen Handels- und Zahlungsverkehr regelt, es ist aber von keiner der beiden Parteien unterzeichnet worden. Die brasilianische Regierung sieht sich aber nicht nur deshalb berechtigt, das Abkommen als nicht bestehend zu betrachten, sondern auch, weil Schacht seine Voraussetzung, die Bezahlung der brasilianischen Einfuhr mit deutscher Ausfuhr, beseitigt, also nach bewährter Methode versucht hat, die Brasilianer um die Bezahlung ihrer Waren zu prellen. 1934 hatte Deutschland aus Brasilien für 77 Millionen Mark eingeführt und nach Brasilien für 74 Millionen Mark ausgeführt. Im ersten Vierteljahr 1935 hatte der Wert der aus Brasilien importierten Waren den Wert der Ausfuhr dahin bereits um 50 Prozent überschritten. Brasilien hat also die Erfahrungen mit Schachts Betrugsmanövern erst jetzt gemacht, die andere Länder längst hinter sich haben.

Selbstverständlich wendet Hitlerdeutschland auch in diesem Falle das altbeliebte Ver-

fahren an, sich als verfolgte Unschuld aufzuspielen. Es beantwortet die Maßnahme Brasiliens, das nicht mehr verlangt als die Bezahlung seiner Lieferungen, mit Boykottandrohungen. Noch am 14. April hatte die »Frankfurter Zeitung« geschrieben, Deutschlands Kaffeeverversorgung sei durch Austauschgeschäfte mit Brasilien auf Jahre hinaus zuungunsten anderer Erzeuger gesichert, die infolgedessen kaum noch Absatzmöglichkeiten nach Deutschland hätten. Jetzt, am 16. Mai, schreibt die »Rheinisch-Westfälische Zeitung«:

»Was insbesondere den brasilianischen Kaffee anlangt, so ist er ohnehin nicht von hervorragender Qualität und das deutsche Publikum bevorzugt schon seit Jahren in steigendem Maße die mittelamerikanischen Kaffeesorten, diejenigen von Guatemala, Costorica usw.«

Daß man bisher auf den Geschmack des deutschen Publikums bei der Kaffee-Einfuhr so wenig Rücksicht nehmen konnte, hat Devisengründe. Hitlerdeutschland wird indes froh sein, wenn es den brasilianischen Kaffee auch in Zukunft ohne Devisen bekommen kann. Weit wichtiger als Kaffee ist die Baumwolle, auf die Schacht trotz forciert Produktion von Ersatzstoffen nicht verzichten kann, ohne den Export von Geweben noch weiter sinken lassen. In diesen Tagen hat eine Besprechung über die künftige Gestaltung der deutsch-brasilianischen Handelsbeziehungen stattgefunden. Wie man hört, ist Brasilien bereit, Kompensationsgeschäfte in Kaffee, Kakao usw. in bescheidenem Umfang einzulassen,

gerade aber das für Deutschland entscheidend wichtige Rohprodukt Baumwolle soll nicht unter diese Regelung fallen, für sie verlangt man harte Zahlung, die aber Schacht eben nicht leisten kann.

Er ist aber sehr findig; bei der Absatznot die in der Welt für alle Waren besteht, die nicht mit dem Wettrüsten zusammenhängen, wird sich schon jemand auftreiben lassen, der es riskiert, bei den Geschäften mit Schacht der Dumme zu sein. Jedoch das Beispiel Brasilien zeigt, daß die Dummen, dem Sprichwort zum Trotz, allmählich doch alle werden.

G. A. Frey.

Geschichtsschreibung

Der »Mittag«, Düsseldorf, veröffentlicht einen Aufsatz, betitelt »Der Prager Friede vom 20. bis 30. Mai 1635.« Wir entnehmen dem Artikel, der vom Anfang bis zum Ende eine einzige Hetze gegen Frankreich darstellt, als Kostprobe folgende Stelle:

Frankreichs militärische Macht wuchs von Jahr zu Jahr, so daß es imstande war, nach weiteren dreizehn Krisenjahren, die Deutschland an den Rand des Abgrundes brachten, den Westfälischen Frieden nach seinem Ermessen zu diktieren. Er stellt noch heute, vor allem durch die bewußte Zerschlagung Deutschlands, für die Franzosen das ideale Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland dar.

Es gab schon einmal eine Zeit, da geschichtliche Zeitungsartikel in deutschen Blättern genau denselben Stil und genau denselben Geist atmeten. Das war von 1914 bis 1918. Heute sind wir so weit, noch ehe wir soweit sind. Aber die verlogenen Friedensreden im Rundfunk erfahren dadurch keinen Abbruch.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphiae«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.354/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60); Belgien Frs. 2.— (24.—); Bulgarien Lew 8.— (96.—); Danzig Gld. 0.30 (3.60); Deutschland Mk. 0.25 (3.—); Estland E. Kr. 0.22 (2.64); Finnland Fmk. 4.— (48.—); Frankreich Frs. 1.50 (18.—); Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—); Holland Gld. 0.15 (1.80); Italien Lit. 1.10 (13.20); Jugoslawien Din. 4.50 (54.—); Lettland Lat. 0.30 (3.60); Litauen Lit. 0.55 (6.60); Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—); Norwegen Kr. 0.35 (4.20); Österreich Sch. 4.40 (48.00); Palästina P. Pf. 0.020 (0.216); Polen Zloty 0.50 (6.—); Portugal Esc. 2.— (24.—); Rumänien Lei 10.— (120.—); Schweden Kr. 0.35 (4.20); Schweiz Frs. 0.30 (3.60); Spanien Pes. 0.70 (8.40); Ungarn Pengö 0.35 (4.20); USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschecoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Prag 46.149. Österreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad. Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad. Konto »Neuer Vorwärts«. Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.